

INHALTSVERZEICHNIS

POLITIK.....	4
ÖSTERREICH	4
<i>Zukünftige Mitgliedsstaaten Nettozahler?</i>	4
<i>Intensive Zusammenarbeit zwischen Niederösterreich und Slowakei</i>	4
<i>Feierliche Gründung der Donauraumkooperation in Wien</i>	4
<i>Neue Eurobarometer-Umfrage: Österreicher sehen EU-Mitgliedschaft positiver</i>	5
<i>Die erweiterte Zukunft als eine Gegenwart</i>	6
<i>NÖ Landtags-Delegation besucht die Slowakei</i>	7
TSCHECHIEN	7
SLOWAKEI	7
<i>Grenzüberschreitende Zusammenarbeit für 2002 und 2003</i>	7
UNGARN	7
LANDWIRTSCHAFT	8
ÖSTERREICH	8
TSCHECHIEN	8
SLOWAKEI	8
UNGARN	8
<i>Goldmedaillen für ungarische Weine</i>	8
HUMANRESSOURCEN	9
ÖSTERREICH	9
TSCHECHIEN	9
<i>Böhmerwald ohne Grenzen gibt es auf CD</i>	9
SLOWAKEI	9
UNGARN	9
<i>Übersetzung der Heiligen Schrift in Sinti- und Romasprache erschienen</i>	9
<i>78.000 Bewerbungen für Ungarnausweise in der Vojvodina</i>	9
EU-FÖRDERPROGRAMME	10
ÖSTERREICH	10
<i>Sitzung der NÖ Landesregierung (I)</i>	10
<i>Sitzung der NÖ Landesregierung (II)</i>	10
<i>INTERREG_Programme genehmigt</i>	10
<i>Slowakei und Tschechien: SAPARD_Umsetzung beginnt</i>	10
<i>Nowohradsky: 153.000 Euro für die Stärkung der Grenzregionen</i>	11
<i>835.500 Euro für 7 INTERREG-Projekte in Niederösterreich</i>	11
TSCHECHIEN	11
SLOWAKEI	11
<i>SAPARD ist startbereit</i>	11
UNGARN	12
<i>120 Millionen Euro aus dem Phare-Topf</i>	12
VERKEHR	13
ÖSTERREICH	13
TSCHECHIEN	13
<i>Neue Straße wird Hunderte Millionen Kronen kosten</i>	13
<i>Oberösterreich und Südböhmen streben die Erweiterung der Grenzübergänge an</i>	13
<i>Von den Nachbarn geschrieben</i>	13
<i>Schnellzüge werden die Reise in die Slowakei verkürzen</i>	13
SLOWAKEI	13
<i>Neue U-Bahn fährt nach Trnava</i>	14
<i>Die EU fördert slowakische Autobahn</i>	14
UNGARN	14
<i>Ungarn begrüßt gemeinsame Grenzkontrollen</i>	14
UMWELT	15
ÖSTERREICH	15
<i>Länderübergreifendes Luftgüteprojekt erfolgreich abgeschlossen</i>	15

Solaranlage in tschechischer Schule in Breclav eröffnet	15
TSCHECHIEN	16
SLOWAKEI	16
Slowakei investiert kräftig in verbesserten Umweltschutz	16
UNGARN	16
Klärwerk am Nord-Balaton soll renoviert werden.....	16
WIRTSCHAFT	17
ÖSTERREICH	17
EU setzt bei Grenzregionenförderung auf die Wirtschaftskammern.....	17
Technologieoffensive im Süden Niederösterreichs.....	17
Gesellschafterzuschuss für Wirtschaftspark Marchegg	17
Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und Ungarn sollen ausgebaut werden.....	18
Industrie: Österreich ist Erweiterungsgewinner Nummer 1	18
Leitl: "Riesenerfolg" bei Österreichs Exporten in die Slowakei	19
TSCHECHIEN	19
Škoda Superb kommt auf europäische Märkte	19
Die Österreicher kauften schon ein Zehntel der Aktien der Sparkasse	19
SLOWAKEI	20
Industrieparks sollen bis 2007 bis 25.000 neue Arbeitsplätze schaffen	20
UNGARN	20
Forschungsstandort Ungarn - Ungarn soll Regionalzentrum werden	20
Wirtschaftspark Győr - Ungebrochene Nachfrage.....	21
Moderne Unterbekleidung aus Győr.....	21
Audi Hungaria Motor Kft. - High-Tech und Qualität aus Ungarn	22
Robert Bosch Elektronik Kft. - 24 Milliarden für Hatvan.....	22
Ungarn kaufen immer mehr Immobilien im Ausland	23
TVK und Mitsui bauen Polyäthylenwerk.....	23
DaimlerChrysler baut Busse mit ungarischen Unternehmen.....	23
OMV Hungária - Schnelle Schnecken.....	23
Deutsche Firmen zufrieden mit Investitionen in Ungarn	23
Neuer Hersteller für Autoteile in Mezölak.....	24
BP zieht sich vom ungarischen und tschechischen Markt zurück	24
Zehn Jahre Österreichischer Wirtschaftsclub.....	24
Flextronics entlässt mehr als 1000 Mitarbeiter - X-Box geht nach China.....	24
M -Tech AG expandiert nach Ungarn.....	25
IWF fordert von Ungarn feste Finanzpolitik.....	25
Ost-West-Expo eröffnet in Nyiregyháza.....	25
Bruttoinlandsprodukt steigt um 2,9 Prozent.....	25
Atomkraftwerk länger am Netz.....	25
REGIONALENTWICKLUNG	26
ÖSTERREICH	26
Aufbau und Betrieb des GIZ Gmünd - Ceské Velenice.....	26
Kulturraum Raab-Ödenburg-Ebenfurth soll wiederbelebt werden.....	26
"Waldviertel-Management" sorgt seit 20 Jahren für Impulse.....	26
Regionalentwicklungsstrategie für Wien-Bratislava-Győr	27
Vermarktungsoffensive für die Region March-Thaya-Auen.....	27
Spatenstich für Nationalparkzentrum in Hardegg	28
Informationen über grenzüberschreitende Aktivitäten.....	28
Nationalpark Donau-Auen soll grenzenlos werden	28
TSCHECHIEN	29
Zur Verbindung der Menschen kennt die Pferdebahn keine Grenzen	29
SLOWAKEI	29
UNGARN	29
"Anziehungskraft ist ungebrochen"	29
TOURISMUS	31
ÖSTERREICH	31
Einzigartige Barockjuwelen im Marchfeld werden zu neuem Leben erweckt.....	31
ERFE-Mittel für das Projekt "Auland - Entwicklung Grenzregion"	31
TSCHECHIEN	32

<i>(Gemeinsam) den Moldauer Schatz zu bewahren</i>	32
<i>Dreiländereck setzt auf Wintersport</i>	32
<i>Die Tschechen lassen immer mehr Geld in Österreich</i>	32
SLOWAKEI	33
UNGARN	33
<i>Amtshilfe für ungarische Beamten am Balaton</i>	33
<i>Sturmwarnungen für den Balaton im Internet</i>	34

Impressum:

Der EUREGIO forum Newsletter wird von mecca environmental consulting im

Auftrag des EUREGIO forum erstellt.

Endredaktion: mecca environmental consulting

Redaktion Ungarn: Reka Katona

Redaktion Slowakei: Marta Kucakova

Redaktion Tschechien: Jan Moudrý

Redaktion Österreich: Hannes Schaffer, Petra Hirschler

POLITIK

Österreich

Zukünftige Mitgliedsstaaten Nettozahler?

Die Nettofinanzposition ist eine der wesentlichen Fragen im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft in der EU, sie beschreibt das Verhältnis von Beiträgen zum und Transfers aus dem EU-Budget. Auf Grundlage von Daten der Kommission geht eine aktuelle Studie des WIIW (Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche) der Frage nach der zu erwartenden Nettofinanzposition der neuen Mitgliedsstaaten nach einem Beitritt 2004 nach. Entscheidend ist dabei die Frage, in welchem Ausmaß die neuen Mitgliedsstaaten in der Lage sein werden, zur Verfügung stehende Mittel auch in Anspruch zu nehmen. Das optimistische Szenario der Studie ist, dass etwa drei Viertel der Mittel akquiriert werden können, ein Wert, der in etwa den Werten der heutigen EU-Länder entspricht. Das pessimistische Szenario geht von 50 % Ausnutzung der Mittel aus (niedrigste Werte in der heutigen EU), ein worst-case-Szenario auf Basis der schlechten Erfahrungen mit den beitragsvorbereitenden Instrumenten geht von 30 % aus.

Überraschendes Ergebnis ist, dass in allen drei Szenarien die neuen Mitgliedsstaaten im ersten Jahr nach dem Beitritt Nettozahler wären. Insgesamt würden diese Länder im ersten Jahr etwa 400 Mio. Euro verlieren. Im worst-case-Szenario blieben die neuen Mitgliedsländer sogar in den ersten drei Jahren Nettozahler, in den beiden anderen Szenarien werden sie nach dem ersten Jahr zu Nettoempfängern.

Interessant ist auch, dass die Nettofinanzierungsposition im Vergleich zum BIP relativ unbedeutend sei, sie liegt durchwegs unter 1 % des BIP. Wesentlich wichtiger sind die zu erwartenden Direktinvestitionen der Wirtschaft: hier werden etwa 4 % des BIP erwartet.

Quelle: Europa-Info April 2002, Weitere Informationen: <http://www.wiiv.ac.at/summCA17.html>

Intensive Zusammenarbeit zwischen Niederösterreich und Slowakei

Die Unterzeichnung eines Arbeitsübereinkommens zwischen Bratislava, den Selbstverwaltungskreisen Bratislava und Trnava und dem Land Niederösterreich über grenzüberschreitende Zusammenarbeit stand heute im Mittelpunkt eines Besuches von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll in der slowakischen Hauptstadt.

Gemeinsam mit Premierminister Mikolas Dzurinda konnte sich der Landeshauptmann bei Besuchen der Grenzübergänge Hohenau und Angern auch von den derzeitigen Gegebenheiten und der Situation im Grenzgebiet zur Slowakei ein Bild verschaffen. Im Interesse der Entwicklung des Wirtschaftsraumes zwischen Wien und Bratislava sei eine funktionierende Mobilität eine absolute Notwendigkeit, sie müsse auch einen entsprechenden Brückenanschluss im Raum Marchegg beinhalten, ist Pröll überzeugt. Gleichzeitig müssten derartige Brückenverbindungen jedoch an ein hochrangiges Straßennetz anbinden. Ein weiteres verkehrspolitisches Anliegen ist der rasche Bau der Spange Kittsee die ebenfalls im Arbeitsübereinkommen festgeschrieben ist. Pröll: "Die dafür notwendige Umweltverträglichkeitsprüfung wird Ende 2003 fertig sein, das Projekt selbst bis 2005". Ein weiteres Anliegen ist dem Landeshauptmann die verstärkte Zusammenarbeit mit Wien und Bratislava, die sich nicht konkurrieren, sondern vielmehr ergänzen sollen. Weiters wurde die Zusammenarbeit bei der Nutzung umweltfreundlicher Energiequellen (erneuerbare Energie) und grenzüberschreitender Regionalprojekte sowie die weitere Intensivierung der Wirtschaftskontakte beschlossen. Ein wichtiges Projekt dabei ist der geplante Wirtschaftspark in Marchegg, der künftig ein wichtiger Zulieferer für das VW-Werk nördlich von Bratislava sein soll. "Bei all diesen Vorhaben kommen wir nun von der Planung zur konkreten Realisierung", so Pröll, für den die guten persönlichen Beziehungen zu Premierminister Dzurinda, der ständige Kontakt und der laufende Meinungsaustausch eine gute Grundlage dafür darstellen. Das soll auch in Hinblick auf eine gemeinsame Sicherheitspolitik (Stichwort Schengener Grenze) so gehandhabt werden.

Quelle: Niederösterreichische Landeskorrespondenz, 22. April 2002

Feierliche Gründung der Donauraumkooperation in Wien

Am Montag, den 27. Mai, wird auf gemeinsame Einladung von Frau Bundesminister Ferrero-Waldner, Kommissar Patten, Spezialkoordinator Busek und Außenminister Geoana von den 13 Staaten des Donauraums, der Europäischen Kommission und dem Stabilitätspakt im Rahmen einer Konferenz im Wiener Rathaus das Gründungsdokument ("Deklaration") für die Einrichtung einer Donauraumkooperation ("Danube Co-operation Process") angenommen werden. Im vergangenen Juli war von diesen vier Persönlichkeiten eine politische Initiative entwickelt worden, die sich den Ausbau

der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Staaten des Donauraums zum Ziel gesetzt hat. Neben den 13 Teilnehmerstaaten Deutschland, Österreich, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Kroatien, Ukraine, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Moldau und Bosnien-Herzegowina werden daran auch die EU-Kommission und der Stabilitätspakt teilnehmen. Besonderes Augenmerk soll dabei der Verstärkung der Zusammenarbeit mit dem Ziel der wirtschaftlichen Dynamisierung des Raums, der Belebung des Tourismus, Verkehrs- und Schifffahrtsfragen, Umweltproblemen und der verstärkten kulturellen Zusammenarbeit geschenkt werden.

Der freie Verkehr auf der Donau sowie die politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Südosteuropa waren durch die kriegerischen Auseinandersetzungen im Zuge der Krisen in Jugoslawien empfindlich gestört worden. Nach dem Regimewechsel in Belgrad zeigte sich die historische Chance die Zusammenarbeit nicht nur wiederherzustellen sondern für deren laufenden Ausbau einen entsprechenden Rahmen zu schaffen. Von der Vertiefung der Zusammenarbeit wird ein wesentlicher Beitrag zur wirtschaftlichen und politischen Stabilität dieser Region erwartet. In diesem Sinne handelt es sich um eine Initiative von gesamteuropäischem Interesse, was durch die Beteiligung der Europäischen Kommission und des Stabilitätspakts dokumentiert wird.

Die Zusammensetzung der Donauraumkooperation bietet auch insoferne einen interessanten politischen Mehrwert, als sie Mitglieder der Europäischen Union, zukünftige Mitgliedsstaaten, Staaten im Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess und zukünftige Nachbarn der EU in dem Bemühen vereint, gemeinsame Anliegen und Zielvorstellungen zu erarbeiten und umzusetzen.

Quelle: OTS, 21. Mai 2002

Neue Eurobarometer-Umfrage: Österreicher sehen EU-Mitgliedschaft positiver

44 Prozent der Österreicher sehen die EU-Mitgliedschaft als eine gute Sache, 16 Prozent als eine schlechte Sache und 35 Prozent als weder gut noch schlecht an. Damit hat die Zahl der Österreicher, die die EU-Mitgliedschaft positiv beurteilen, um zehn Punkte innerhalb eines halben Jahres zugenommen. Die österreichische Einschätzung ist damit etwas kritischer als die der EU-Bürger im Schnitt, die zu 54 Prozent die Mitgliedschaft ihres Landes in der Union als eine gute Sache bezeichnen. Nur die Schweden, Finnen und Briten äußern sich etwas skeptischer als die Österreicher. Diese Angaben stammen aus der heute von der Europäischen Kommission veröffentlichten neuesten Eurobarometer-Umfrage, die zwischen August und November 2001 in allen 15 EU-Mitgliedsstaaten durchgeführt worden war.

Nach dieser neuesten Eurobarometer-Umfrage werden die Entscheidungen der Union von 29 Prozent unserer Landsleute als gut und nur von 16 Prozent als schlecht für Österreich beurteilt. 48 Prozent wollen sich diesbezüglich nicht festlegen ("kommt darauf an"). 37 Prozent der Österreicher glauben, dass sich die EU in die richtige Richtung bewegt, die gegenteilige Ansicht wird von 16 Prozent vertreten. 15 Prozent orten weder eine richtige noch eine falsche Ausrichtung und 22 Prozent meinen, es ginge manchmal in die richtige und manchmal in die falsche Richtung. 69 Prozent der Österreicher sind sehr oder ziemlich stolz darauf, Europäer zu sein, während dies im Schnitt nur 60 Prozent der EU-Bürger erklären.

Die Aufnahme neuer Mitglieder stellt nur für 30 Prozent der europäischen Bürger eine Priorität dar. Für 59 Prozent ist die Erweiterung keine Priorität. Österreich liegt diesbezüglich über dem EU-Durchschnitt: 35 Prozent der hierzulande Befragten betrachten die EU-Erweiterung als eine Priorität, 57 Prozent sind gegensätzlicher Meinung. Von allen EU-Bürgern stehen die Dänen der Erweiterung am aufgeschlossensten gegenüber: Für 68 Prozent von ihnen ist die Erweiterung eine Priorität. An zweiter Stelle folgt Griechenland: Dort sind 62 Prozent der Befragten dieser Meinung. Am anderen Ende finden sich die Finnen und die Belgier. Jeweils 71 Prozent von ihnen geben an, für sie sei die Erweiterung keine Priorität.

Auf die Frage, welches derzeitige EU-Land am meisten von der Erweiterung profitieren werde, antworteten 18 Prozent der EU-Bürger mit "Deutschland". 12 Prozent gaben an, alle Mitgliedstaaten würden gleichermaßen von der Erweiterung profitieren, 5 Prozent nannten Frankreich, gefolgt von Großbritannien und Griechenland mit jeweils 4 Prozent. Nur jeder Hundertste Befragte in der Union war der Meinung, dass Österreich am meisten Nutzen aus der Erweiterung ziehen würde (die Werte für die anderen EU-Länder liegen sehr ähnlich). 7 Prozent der Befragten meinen, dass kein Mitgliedsland von der Erweiterung profitieren wird. Aus der Sicht der Österreicher profitieren Deutschland (14 Prozent) und Österreich (8 Prozent) am meisten von der Erweiterung. Auf alle anderen EU-Länder entfallen nur Nennungen von jeweils maximal 4 Prozent. 9 Prozent der befragten Österreicher erwarten Vorteile für alle EU-Länder, 12 Prozent verneinen, dass irgendein Land Vorteile hätte, und 29 Prozent enthalten sich der Antwort.

Das Tempo der Beitrittsverhandlungen wird von der Hälfte der Österreicher als gerade richtig beurteilt. 31 Prozent plädieren für eine Verlangsamung, 9 Prozent für eine Beschleunigung. Im EU-Schnitt votieren 16 Prozent für eine Beschleunigung und 15 Prozent für eine Verlangsamung.

Die Österreicher sehen überwiegend keine Auswirkungen auf die persönliche Situation durch die Erweiterung (66 Prozent), wenn aber doch, dann eher eine Verschlechterung (17 Prozent) als eine Verbesserung (7 Prozent). Vermutete Verschlechterungen der persönlichen Situation werden vor allem mit einer Zunahme von Arbeitslosigkeit und von Einwanderern, die in Österreich nach Arbeit suchen und mit zu hohen Kosten für die Unterstützung neuer Mitglieder begründet. Ausgeprägt sind auch Ängste vor einem Ansteigen des Drogenhandels und des organisierten Verbrechens. 58 Prozent der EU-Bürger legen großen Wert darauf, dass die Erweiterung für die "alten" Mitgliedsländer keine zusätzlichen Kosten verursacht. Für weitere 26 Prozent ist dies "ziemlich wichtig". Die Griechen kommen diesbezüglich auf Platz eins, dicht gefolgt von Österreich, Großbritannien, Belgien, Frankreich und Deutschland, die allesamt nahe beieinander liegen. Für 40 Prozent der EU-Bürger bringt die Erweiterung mehr Vor- als Nachteile. 27 Prozent denken das Gegenteil, und die restlichen 33 Prozent äußern dazu keine Meinung. Österreich liegt bei dieser Frage im EU-Mittelfeld: 40 Prozent der Österreicher glauben, dass die Vorteile überwiegen, 33 Prozent sind vom Gegenteil überzeugt und 27 Prozent äußern sich nicht dazu. Die Spanier, Dänen und Griechen sind am stärksten von den Vorteilen der Erweiterung überzeugt (eine absolute Mehrheit zwischen 51 und 58 Prozent denkt so in diesen drei EU-Ländern). Am wenigsten Vorteile erwarten sich die Franzosen, Finnen, Briten und Belgier. Von ihnen glauben nur zwischen 28 und 35 Prozent, dass die Erweiterung mehr Vor- als Nachteile bringen wird.

Nur 29 Prozent der EU-Bürger erwarten sich von der Erweiterung positive Auswirkungen auf den heimischen Arbeitsmarkt. 48 Prozent hingegen sind gegenteiliger Ansicht, und 24 Prozent haben dazu keine Meinung. Die Österreicher sind diesbezüglich leicht skeptischer als die EU-Bürger insgesamt: 53 Prozent unserer Landsleute gehen davon aus, dass die Erweiterung nicht zur Schaffung von mehr Jobs führen wird. Am pessimistischsten diesbezüglich sind die Finnen, Deutschen und Niederländer; am wenigsten Befürchtungen - mit 30 bis 33 Prozent der Befragten - gibt es dazu unter den Italienern, Spaniern und Iren. Die Griechen zeigen sich am optimistischsten: 47 Prozent von ihnen rechnen mit positiven Auswirkungen für den heimischen Arbeitsmarkt.

48 Prozent der EU-Bürger rechnen mit einer "bedeutenden" Einwanderung aus Mittel- und Osteuropa als Folge der Erweiterung, 30 Prozent mit einer "begrenzten" Einwanderung. 22 Prozent der Befragten haben dazu keine Meinung. Unsere Landsleute beurteilen diese Situation offensichtlich weniger dramatisch: 42 Prozent der Österreicher rechnen mit einer bedeutenden und 45 Prozent mit einer begrenzten Einwanderung. Die Vermutung, es werde zu einer bedeutenden Einwanderung kommen, hat in Österreich seit dem Frühjahr 2001 erkennbar zugenommen (damals waren es 34 Prozent). Im Vergleich zu den anderen EU-Ländern ist in Griechenland der Anteil jener, die eine "bedeutsame" Einwanderung erwarten, am höchsten. Zwei von drei Griechen äußern sich in diesem Sinne.

48 Prozent der befragten Österreicher glauben, dass die Erweiterung zu einer erheblichen Anzahl von Tagespendlern aus den neuen Mitgliedstaaten führen wird. 32 Prozent teilen diese Meinung nicht, und 19 Prozent machen keine Angaben.

Was die Entscheidungsfindung in einer erweiterten Union anbelangt, sprechen sich 39 Prozent aller EU-Bürger für das Prinzip der Einstimmigkeit bei Abstimmungen im Rat aus, 46 Prozent befürworten Mehrheitsvoten. In Österreich hingegen sind die Anhänger von einstimmigen Entscheidungen in der Überzahl: 47 Prozent befürworten hierzulande das Prinzip der Einstimmigkeit; 39 Prozent geben der Abstimmung im Ministerrat nach dem Mehrheitsprinzip den Vorzug. Die Niederländer finden am meisten Gefallen an Mehrheitsentscheidungen in einer größeren Union (65 Prozent sind dafür, dicht gefolgt von den Dänen mit 63 Prozent und den Schweden mit 57 Prozent. Die Griechen hingegen sprechen sich am stärksten - zu 63 Prozent - für einstimmige Ratsentscheidungen nach der Erweiterung aus. Danach kommen schon die Österreicher (mit 47 Prozent).

Die Ergebnisse dieser neuesten Eurobarometer-Umfrage Nr.56 sind im Internet unter http://europa.eu.int/comm/public_opinion abrufbar.

Quelle: Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich/OTS, 29.Mai 02, Rückfragehinweis: Mag. Anton Leicht, Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, Tel. 01/51618-312, anton.leicht@cec.eu.int

Die erweiterte Zukunft als eine Gegenwart

Südlich von Bratislava nehmen 60 Bürgermeister die EU-Erweiterung schon vorweg. Nickelsdorf - Gerhard Bauer hat einen Wunsch. "Für den nächsten Wahlkampf", sagte der Generalsekretär der österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, "wünsche ich mir so ein Podium, um der Öffentlichkeit ein Bild zu zeigen, wie es wirklich ist." Ein Stimmungsbild vor der EU-Erweiterung. Das Podium, von dem Gerhard Bauer sprach, debattierte am Mittwoch im burgenländischen Nickelsdorf, in einem Gasthaus gleich neben dem größten Grenzübergang des Schengenraumes. Der Anlass dafür war die Konferenz des österreichisch-ungarisch-slowakischen Grenzkommunalforums, in dem mittlerweile 60 Gemeinden organisiert sind.

Begonnen hat diese Kooperation vor drei Jahren. Das Ziel des Initiators Rudolf Suchy, Bürgermeister von Zurndorf, war vorderhand "das gegenseitige Kennenlernen". Mittlerweile ist daraus ein wesentlicher Faktor auch der übergeordneten Politik geworden. Auf dem Podium saßen denn auch Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl, der Präsident des Komitats Győr-Moson-Sopron, Ferenc Ivanics, und der neu gewählte Präsident des Distrikts Bratislava, Roman Lubomir, der die Gelegenheit nutzte, Hans Niessl kennen zu lernen. Anlass der Konferenz war die offizielle Eröffnung des "Austria Hungaria Slovakia Regionalservice", ein dreisprachiges Büro in Nickelsdorf, das eine Anlaufstelle für alle Bürger der grenzüberschreitenden Region sein soll, eine Jobbörse genauso wie ein Informationsbüro für Betriebsansiedelungen. "Leute, die miteinander leben und arbeiten", resümierte Gerhard Bauer, "haben keine Angst voreinander." Initiativen wie diese seien "mindestens so wichtig wie die teuren Informationskampagnen der Regierung". Mehr noch: "Wir können den jeweiligen Regierungen zeigen, was gelebte Nachbarschaft bedeutet." Eine Nachbarschaft, von der üblicherweise im Futur gesprochen wird. Falsch, sagt Etelka Barsi-Pataky, ungarische Botschafterin in Wien: "Unsere gemeinsame Zukunft ist, wie man hier sieht, schon eine Gegenwart."

Quelle: Der Standard, 31. Mai 2002

NÖ Landtags-Delegation besucht die Slowakei

Von Montag, 10., bis Mittwoch, 12. Juni, stattet eine Delegation des NÖ Landtages den neuen Verwaltungsbezirken der Slowakei im Grenzgebiet zu Niederösterreich einen Besuch ab. An dem Besuch nehmen sowohl die drei Präsidenten des Landtages, Mag. Edmund Freibauer, Emil Schabl und Ing. Johann Penz, als auch führende Vertreter der Landtagsfraktionen von ÖVP, SPÖ und FPÖ teil. Zweck der Reise ist das Kennenlernen der neuen slowakischen Selbstverwaltungsorganisation und seiner Repräsentanten im Hinblick auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Die Teilnehmer der Delegation werden mit den Vorsitzenden und Leitern der einzelnen Kommissionen der neuen Selbstverwaltungskreise von Bratislava, Nitra und Trnava sowie mit Bürgermeistern zusammenzutreffen.

Bereits in die Wege geleitet ist ein Arbeitsprogramm zwischen den Selbstverwaltungskreisen Bratislava und Trnava, der Hauptstadt der Slowakischen Republik Bratislava, und dem Land Niederösterreich bzw. der Republik Österreich. Dieses Arbeitsprogramm über grenzüberschreitende Zusammenarbeit für die Jahre 2002 und 2003 wurde am 9. April von der NÖ Landesregierung genehmigt und am 22. April von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll in Bratislava unterfertigt.

Quelle: Niederösterreichische Landeskorrespondenz, 07. Juni 2002

Tschechien

Slowakei

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit für 2002 und 2003

Am 22.04.2002 ist der Vertrag über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit für 2002 und 2003 zwischen Niederösterreich (Erwin Pröll), der Stadt Bratislava (Jozef Moravčík) und den Kreisen Bratislava (Lubo Roman) und Trnava (Peter Tomeček) unterzeichnet worden.

Die Schwerpunkte der Zusammenarbeit bilden Infrastruktur, Energie, Wirtschaft und Fremdenverkehr sowie Wasser- und Landwirtschaft. Konkret sind folgende Prioritäten gesetzt worden: die Autobahnverbindung zwischen Kittsee und Jarovce; Bau eines neuen Grenzübergangs Marchegg – Bratislava; Radbrücke über die March zwischen Marchegg und Devínska Nová Ves, Bau einer Straßenbrücke zwischen Hohenau und Moravský Svätý Ján.

Die Regionen in Österreich und der Slowakei wollen alternative Energiequellen fördern. Sie wollen voneinander lernen. So nimmt die Slowakei als Beispiel die österreichischen Biomasse – Wärmekraftwerke. Ein wichtiger Punkt ist die Unterstützung von Frauen – Unternehmerinnen beim Kontaktaufbau. Im Rahmen des Fremdenverkehrs werden die Gemeinden den Aufbau eines Informationsnetzes zwischen den Unternehmen und Institutionen fördern. Als konkretes Beispiel wurde der Aufbau einer gemeinsamen Weinstraße genannt.

Quelle: www.sme.sk, www.hnx.sk, 22. und 23. April 2002

Ungarn

LANDWIRTSCHAFT

Österreich

Tschechien

Slowakei

Ungarn

Goldmedaillen für ungarische Weine

Auf dem Brüsseler Weinwettbewerb 2002 wurde der 2000er Cabernet Sauvignon der Malatinszky Kúria mit einer Goldmedaille ausgezeichnet. Die Malatinszky Kúria gehört Csaba Malatinszky, einem der profiliertesten Winzer in Villány. Der Weinwettbewerb in Brüssel ist neben dem in Bordeaux einer der wichtigsten in der Welt. Dort stellen sich 4000 Weine der Jury. Csaba Malatinszky setzt 90 Prozent seiner Weiß- und Rotweine in Ungarn und zehn Prozent im Ausland ab, vor allem in der Schweiz und in Japan. Er liefert aber auch nach Frankreich und Belgien. Auf der inoffiziellen Weltmeisterschaft in Bordeaux hatte der Winzer Béla Vincze aus Eger für seinen 2000er Cabernet Franc eine Goldmedaille erhalten. Knapp 20 Prozent der 5000 vorgestellten Weine im Wettbewerb erhalten eine Medaille. In diesem Jahr erhielt auch Tibor Gál für seinen 2000er Cabernet Franc eine Silbermedaille und György Lőrincz György für seinen 2000er Chardonnay eine Bronzemedaille. Auch auf der Vinitaly, der internationalen Messe für Wein und Spirituosen in Verona, erhielten ungarische Winzer einen Sonderpreis und mehrere Anerkennungen. Huba Szeremley, Winzer aus Badacsony, erhielt den internationalen Sonderpreis für seine traditionellen Weine vom Balaton.

Quelle: Budapester Zeitung – Online, 07. Juni 2002

HUMANRESSOURCEN

Österreich

Tschechien

Böhmerwald ohne Grenzen gibt es auf CD

Ein einzigartiges Lehrbuch für Schüler der sieben Kreise im Böhmerwald: Prachatitz, Krumau, Klatau, Regen, Freyung–Grafenau, Rohrbach und Urfahr-Umgebung, wurde unlängst in elektronischer Form herausgegeben. Das Buch heißt Böhmerwald ohne Grenzen und ermöglicht den Kindern das Gebiet, in dem sie leben, kennen zu lernen, gibt Informationen über Geschichte und Gegenwart, interessantes aus der Natur, der Kultur, den bekannten Persönlichkeiten, den Volksbräuchen und versucht vergessenes Handwerk wieder bekannt zu machen. Die Druckversion ist vor 1,5 Jahren mit der finanziellen Unterstützung des Small Project Funds des Programms PHARE CBC in einer Auflage von 8.000 Stück herausgegeben worden. 2001 wurden weiter 2.300 Stück verlegt.

Quelle: Listy Prachaticka, 10. April 2002

Slowakei

Ungarn

Übersetzung der Heiligen Schrift in Sinti- und Romasprache erschienen

In Ungarn ist eine Übersetzung des Neuen Testaments in der Sprache der Sinti und Roma erschienen. Die Übersetzung bemüht sich um einen möglichst reinen Lovari-Dialekt, so dass der Text weltweit für alle Sinti-, Roma- und andere Zigeunervölker verständlich ist. Die Ausgabe ist in Ungarisch und Lovari gedruckt. Noch in diesem Jahr soll eine Übersetzung des Alten Testaments folgen.

Quelle: Budapester Zeitung – Online, 27. März 2002

78.000 Bewerbungen für Ungarnausweise in der Vojvodina

Innerhalb von fünf Monaten haben sich 78.000 Menschen in der jugoslawischen Provinz Vojvodina um einen Ungarnausweis beworben. Die Zahl der Anfragen ist in der vergangenen Zeit allerdings deutlich zurückgegangen, vor allem auch deswegen, weil man oft monatelang auf die Dokumente warten muss.

Quelle: Budapester Zeitung – Online, 07. Juni 2002

EU-FÖRDERPROGRAMME

Österreich

Sitzung der NÖ Landesregierung (I)

Die NÖ Landesregierung unter Vorsitz von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll fasste in ihrer heutigen Sitzung u.a. folgende Beschlüsse:

- Die Durchführung des EU-Projektes "Regionalprogramm mit innovativen Maßnahmen im Land Niederösterreich - RIS++" wurde beschlossen, die auf Niederösterreich entfallenden Kosten betragen 2 Millionen Euro.
- Im Rahmen des INTERREG IIIA-Programms Österreich - Slowakei wurden für drei Projekte Mittel aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) bewilligt: "EUREGIO-Kommunikationszentrum" in Zistersdorf 176.921 Euro; "AULAND Entwicklung Grenzregion" 147.521 Euro; "Qualitätssicherung - Angebotsaufbereitung und Vermarktungsoffensive für die Region March-Thaya-Auen" 71.256 Euro.

Quelle: Niederösterreichische Landeskorrespondenz, 16. April 2002

Sitzung der NÖ Landesregierung (II)

Die NÖ Landesregierung unter Vorsitz von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll fasste in ihrer heutigen Sitzung u.a. folgende Beschlüsse:

- Für das Projekt "Joint Regional Development Strategy for the Vienna - Bratislava - Győr Region JORDES" wurden im Rahmen des INTERREG IIIA-Programms Österreich-Ungarn EFRE-Mittel in der Höhe von 72.673 Euro, im Rahmen des Programms Österreich-Slowakei EFRE-Mittel in der Höhe von 109.000 Euro genehmigt.

Quelle: Niederösterreichische Landeskorrespondenz, 23. April 2002

INTERREG_Programme genehmigt

Die Europäische Kommission hat Ende April zwei wichtige INTERREG III - Programme, an denen auch Österreich beteiligt ist, formal genehmigt:

Beim Programm für den Alpenraum sind Österreich, Frankreich, Deutschland, Italien, Slowenien, die Schweiz und Liechtenstein involviert.

Schwerpunkte sind Raumentwicklungsstrategien, um den Alpenraum als wettbewerbsfähigen und attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraum zu fördern, die Entwicklung nachhaltiger Verkehrssysteme und die umsichtige Bewirtschaftung zum Schutz der Umwelt. Die EU stellt für dieses Programm 59,7 Mio. Euro zur Verfügung, Mittel in gleicher Höhe kommen von nationalen Behörden und aus der Privatwirtschaft.

Mit dem INTERREG III - Programm für den mittel_ und südosteuropäischen sowie Adria_ und Donaauraum (CADSES-Raum) fördert die EU die internationale Zusammenarbeit von 18 Staaten: Österreich, Griechenland, Italien, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Bulgarien, Rumänien, Kroatien, Bosnien_Herzegowina, Jugoslawien, Mazedonien, Albanien, Moldawien und die Ukraine. Wichtigste Ziele des Programms sind die Förderung der Verkehrs_ und Kommunikationssysteme, der Wirtschaft und der kommunalen Entwicklung. Dafür stellt die EU etwa 128,7 Mio. Euro bereit, weitere 108 Mio. Euro kommen aus den öffentlichen Haushalten und aus dem Privatsektor.

Quelle: EUropa_Info Mai 2002, Weitere Informationen: <http://europa.eu.int/rapid/start/cgi/guesten.ksh>, Kommissionswebsite INTERREG III:

http://europa.eu.int/comm/regional_policy/interreg3/index_de.htm, Website zum Programm für den Alpenraum: <http://www.alpinspace.org/>

Slowakei und Tschechien: SAPARD_Umsetzung beginnt

SAPARD ist das 1999 eingerichtete beitragsvorbereitende Programm in den Bereichen Landwirtschaft und ländliche Entwicklung. Hauptziele des Programms sind die Umsetzung des "Acquis" und die Lösung der dringlichsten Probleme in den beiden Bereichen.

Um Fördermittel für das SAPARD_Programm zu erhalten, müssen die Beitrittsländer zuerst eine entsprechende Behörde (SAPARD_Zahlstelle) akkreditieren, die danach noch von der Kommission überprüft wird. Die dann freigegebenen Gelder werden von dieser Zahlstelle selbständig verwaltet. Projektauswahl, Ausschreibung und Vertragsabschluss werden damit auf das jeweilige Beitrittsland übertragen. Diese Übertragung der Verwaltung ist bei EU_Hilfsprogrammen in Drittstaaten unüblich,

im Hinblick auf die Erweiterung aber sinnvoll: das zukünftige Mitgliedsland kann dadurch bereits Erfahrungen bei der Anwendung von EU-Fonds sammeln.

Erstes Land, dessen SAPARD-Zahlstelle akkreditiert wurde, war Bulgarien im Mai 2001, es folgten Estland, Lettland und Litauen. Mitte April 2002 hat die Europäische Kommission die Verwaltung der SAPARD-Finanzhilfe für Tschechien und die Slowakei auf die jeweiligen nationalen Behörden übertragen. Dadurch können die beiden Länder nun mit der Umsetzung des Programms beginnen. In der Slowakei betrifft diese Übertragung der Programmverwaltung vorerst nur fünf Bereiche, Insgesamt stehen der Slowakei jährlich Finanzhilfen in der Höhe von 18,6 Mio. Euro zu. Tschechien hat im Rahmen des SAPARD-Programms Anspruch auf jährlich 22,4 Mio. Euro, die Umsetzung beginnt mit sieben Bereichen.

Die nun bewilligten Bereiche umfassen unter anderem: Investitionen in landwirtschaftliche Betriebe, Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung von Agrarerzeugnissen, Verbesserung der Qualitätskontrollen, Dorfentwicklung, Entwicklung der ländlichen Infrastruktur, Flurbereinigung und Diversifizierung im ländlichen Raum.

Quelle: Europa-Info Mai 2002, Weitere Informationen: <http://europa.eu.int/rapid/start/cgi/guesten.ksh>

Nowohradsky: 153.000 Euro für die Stärkung der Grenzregionen

Im Rahmen einer regionalen Umweltkooperation der Region Weinviertel mit der Region Südmähren, für die das Land Niederösterreich 63.500 Euro zur Verfügung stellt, werden Musterlösungen für kommunale Umweltschutzprobleme erarbeitet. Die Lösungen, die nun gemeindeübergreifend auf österreichischer Seite zustandekommen, sollen in der Folge auch in Südmähren zur Verfügung stehen. Zusätzlich soll auch das Umweltbewusstsein in Tschechien und der Slowakei gefördert werden. Das Projekt "UNGARNHAUS-Annaberg" für das nun 89.500 Euro zur Verfügung gestellt werden, soll helfen, die Entwicklungschancen der Tourismusregion Annaberg und Mariazellerland am ungarischen Markt zu nutzen. Besonders Jugendliche ungarische Gäste sollen verstärkt den Wintertourismus beleben, aber auch eine verstärkte Auslastung im Sommerbetrieb wird angestrebt, so Nowohradsky.

Quelle: Niederösterreich Landeskorrespondenz, 03. Mai 2002

835.500 Euro für 7 INTERREG-Projekte in Niederösterreich

Die niederösterreichischen Grenzregionen sind auf dem besten Weg, ihre Chancen, die sich im Zuge der EU-Erweiterung ergeben, voll zu nutzen. Mit der Unterstützung für INTERREG-Projekte, die die grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördern, werden vom Land Niederösterreich und der EU auch die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt. So hat die NÖ Landesregierung in ihrer letzten Sitzung für 7 Projekte insgesamt 835.500 Euro für diese Initiativen aus den Grenzregionen zur Verfügung gestellt, freut sich LAbg. Franz Hiller.

So stehen für den Kleinprojektefonds Industrieviertel 130.800 Euro für die Durchführung grenzüberschreitender Aktivitäten verschiedener Vereine und Gemeinden zur Verfügung. Für den "Aufbau eines gemeinsamen Informationsnetzwerkes im Bereich der Rinderzucht zum Zweck eines nachhaltig orientierten Zuchtzieles beim Fleckvieh" stehen 68.350 Euro zu Verfügung. 64.700 Euro erhält das Projekte "Prüfung und Eintragung österreichischer Winterweizen- und Sommergerstensorten für den tschechischen Qualitätsgetreidemarkt". Die "Entwicklung grenzüberschreitender Weinstraßen in der EUREGIO Weinviertel-Südmähren-Westslowakei" erhält Mittel in der Höhe von 188.950 Euro. Für das "Grenzüberschreitende Impulszentrum Land um Laa/Thaya" werden 122.100 Euro, für das "Grenzüberschreitende Impulszentrum Kleinregion Waldviertel-Nord" werden 125.600 Euro zur Verfügung gestellt. Schließlich erhält das "Grenzüberschreitende Impulszentrum Gmünd-Ceske Velenice 135.000 Euro, so Hiller.

Niederösterreich wird mit der EU-Erweiterung vom Grenzland zum Kernland in Europa. Die vielen Projekte in der Grenzregion, in die derzeit investiert wird, sind wichtige Impulse, um die Gebiete am ehemaligen Eisernen Vorhang optimal auf diese Herausforderung vorzubereiten, betont Hiller.

Quelle: Niederösterreichische Landeskorrespondenz, 02. Juni 2002

Tschechien

Slowakei

SAPARD ist startbereit

Nach mehr als zwei Jahren Vorbereitungszeit kann die Agentur SAPARD mit der konkreten Umsetzung des Programms beginnen.

Das Programm SPARD besteht aus drei Grundpfeilern – Verbesserung der Landwirtschaft und der Lebensmittelproduktion; nachhaltige Regionalentwicklung und Entwicklung der Humanressourcen. Die

größten Interessen vermutet man im Rahmen der ersten Priorität – Investitionen in die landwirtschaftlichen Betriebe. Die Förderung kann zur Verbesserung der Produktionseffektivität, zur Verbesserung der Lagerungs-, Trocknungs- und Kühlmöglichkeiten, wie auch für andere Investitionen im Rahmen der Schaf- und Geflügelzucht, des Obst- und Gemüseanbaus, weiter im Bereich der Heil- und Aromapflanzen eingesetzt werden. Im Rahmen der zweiten Priorität wird die nachhaltige Regionalentwicklung unterstützt und das vor allem in den Regionen, welche nicht für die herkömmliche Landwirtschaft geeignet sind. Hier wird Agrartourismus, Handwerk u.ä. unterstützt. Der dritte Bereich der Entwicklung der Humanressourcen, dessen Schwerpunkt auf der Unterstützung von sozial-wirtschaftlicher Entwicklung der Mikroregionen, Bildung und Dokumentation liegt, wartet noch auf seine Akkreditation.

Das Interesse der slowakischen Landwirte ist hoch, sie sind aber im allgemeinen schlecht vorbereitet. Die Vorbereitung der Projekte ist ein langwieriger Prozess. Man befürchtet, dass die Landwirte in der SR die Vorbereitungsphase für ihre Projekte vernachlässigt haben. Die Landwirte sind oft skeptisch. Die Selbstfinanzierung des Projektes ist oft nicht möglich, weil der Zugang zu den Bankenkrediten sehr beschränkt ist. Außerdem fehlen den slowakischen Landwirten die Bereiche Vieh- und Schweinezucht, welche in dem jetzigen Programm nicht vertreten sind. Die Erweiterung des Programms um diese Bereiche würde die Vorbereitung mehrerer qualitativ hochwertigen Projekte ermöglichen.

Quelle: www.hnx.sk, www.sme.sk, 13., 16. und 22. April 2002

Ungarn

120 Millionen Euro aus dem Phare-Topf

Brüssel bewilligt Ungarn im Jahr 2003 insgesamt 120,7 Mio. Euro Fördergelder aus dem Phare-Topf. Diese Beträge sollen in erster Linie für den Aufbau und die Entwicklung von EU-konformen Institutionen verwendet werden. Auch der Gebietsentwicklungsplan Orpheus soll mit den Geldern finanziert werden.

Quelle: Budapester Zeitung – Online, 31. Mai 2002

VERKEHR

Österreich

Tschechien

Neue Straße wird Hunderte Millionen Kronen kosten

Die neu ausgebaute Straße mit zwei Fahrspuren sollte in den nächsten Jahren das Fahren auf der Strecke Budweis - Nové Hradý beschleunigen. Für die Finanzierung, die vorläufig auf 750 Millionen Kronen beziffert wird, solle der Südböhmische Bezirk sorgen. Zu der Durchführbarkeitsstudie hat den Südböhmischen Bezirk die österreichische Seite bewogen. Österreich hat nämlich vor, in die Straßenverbindung der Städte St. Pölten, Krems, Zwettl mit der tschechischen Grenze zu investieren. Auf österreichischer Seite soll 2004 damit begonnen werden und wahrscheinlich 2014 abgeschlossen sein. Niederösterreich ist in diesem Zusammenhang mit dem geplanten Bau der Autobahn aus Prag nach Budweis an einer schnellen Verbindung zur Grenze interessiert. Von hier aus gelangt man weiter nach Budweis und zum europäischen Autobahnnetz.

Quelle: Listy Prachaticka, 30. März 2002

Oberösterreich und Südböhmen streben die Erweiterung der Grenzübergänge an

In eine besondere Situation, was die Beziehung zu Oberösterreich angeht, ist Südböhmen geraten. Wegen Temelin und der Benesch-Dekrete sprechen nämlich die Politologen von der größten Verschlechterung der tschechisch-österreichischen Beziehungen in der Geschichte. Die Grenzgebiete, die davon besonders betroffen sein sollten, können aber eine Krise keinesfalls entdecken. Der Landeshauptmann Oberösterreichs Josef Pühringer behauptet sogar, mit Südböhmen habe Oberösterreich bessere Beziehungen als mit den anderen österreichischen Bundesländern. „Die Geschwindigkeit, mit der es die beiden Seiten geschafft haben, eine Reihe von grenzüberschreitenden Projekten vorzubereiten und qualitativ gute Nachbarsbeziehungen zu bilden, ist in Mitteleuropa wohl nirgendwo zu sehen,“ sagte Pühringer, der gestern zum ersten Mal die Kreisbehörde von Südböhmen besuchte.

Die Oberösterreichische Landesregierung unterstützt den Bau einer zur österreichischen Grenze führenden Schnellstraße und die Modernisierung des Bahnkorridors.

Im vergangenen Jahr, seit dem es die südböhmische Kreisbehörde gibt, beschlossen die regionalen Politiker beider Seiten die Bildung von Arbeitsgruppen, die sich u. a. mit der Entwicklung des Tourismus, des Verkehrs oder Energieprojekten befassen.

Quelle: Lidové Noviny, 04. April 2002

Von den Nachbarn geschrieben

Der ganzjährig geöffnete Grenzübergang in Guglwald, die Buslinien Budweis – Freistadt und Hohenfurt – Bad Leonfelden, das sind die wichtigsten Punkte der Verhandlungen zwischen den Landeshauptmännern Jan Zahradník und Josef Pühringer.

Außerdem möchten beide Seiten die Öffnung der Grenzübergänge für PKWs in Diendorf und Schöneben nach dem Bau der Lipno-Brücke anstreben. Auch wurde der Wille von beiden Seiten zum Umbau der Prager Straße nach Linz auf eine vierspurige Straße bestätigt.

Quelle: Českobudějovické listy, 06. April 2002

Schnellzüge werden die Reise in die Slowakei verkürzen

Hochgeschwindigkeitszüge mit Schwenkschranken, sog. Pendolina, wird auch die slowakische Eisenbahngesellschaft benutzen. Die Slowaken schließen sich somit dem Projekt der Tschechischen Eisenbahn an, die den Einsatz von Pendolina zwischen Berlin und Prag für das Jahr 2004 plant. Generaldirektor der Tschechischen Eisenbahn Dalibor Zelený sagte, dass die Effektivität der Ausnützung von Pendolina, die mit einer Geschwindigkeit von 230 Kilometer pro Stunde fahren können, steigen wird. „Das Reisen zwischen Prag und Berlin, zwischen Prag und Wien, event. zwischen Prag und Bratislava wird kürzer – es wird nur 3 Stunden dauern,“ erklärte Zelený.

Quelle: Deníky Bohemia, 17. April 2002

Slowakei

Neue U-Bahn fährt nach Trnava

Die geplante U-Bahn für Bratislava ist um weitere 50 km in die umliegenden Regionen hinein erweitert worden. Sie wird nach Malacky, Trnava, Galanta und Dunajská Streda verlängert. Die Abgeordneten der Stadt kehrten so dem ursprünglichen U-Bahn-Projekt den Rücken. Nun wird die Verbindung einer U-Bahn und der Bahn angestrebt. Die Erweiterung in die Regionen war die Voraussetzung für die Garantie der Regierung.

Laut Ľubo Roman (Vorsitzender des Kreises Bratislava) verspricht sich von dem Projekt eine um zwei Drittel höhere Nutzung der U-Bahn und Kostensenkung um etwa ein Drittel, da auch andere Städte beitragen werden. „Es wird eine neue Lebensart in die Region bringen. Man überlegt auch eine Verbindung mit der Österreichischen Bundesbahn, die sich positiv geäußert hat. Außerdem haben wir dann eine Chance, Fördermittel von der EU zu bekommen.“

Die erste Etappe Janíkov dvor, Petržalka – Hlavná stanica soll 2005 begonnen werden.

Quelle: www.sme.sk, 19. April 2002

Die EU fördert slowakische Autobahn

Aus dem Programm ISPA wird in der Slowakei der Weiterbau von Autobahnen gefördert. Wie Verkehrsminister Jozef Macejka sagt, wird sich der Fond mit Sicherheit an mindestens drei Projekten beteiligen. Mit etwa 40 Mio. EUR wird die Autobahn im Bereich Viedenská cesta – Prístavný most in Bratislava gefördert. Außerdem wird der Ausbau des internationalen Bahnkorridors im Bereich Bratislava-Rača – Trnava auf 160 km/h mit einer Summe von 96 Mio. EUR gefördert. Die slowakische Regierung trägt 600 Mio. Sk bei.

Quelle: www.sme.sk, 27. Mai 2002

Ungarn

Ungarn begrüßt gemeinsame Grenzkontrollen

Der Abgeordnete Pál Vastagh hat auf dem Konvent zur Zukunft der EU am Donnerstag die Schaffung eines gemeinsamen Europäischen Grenzkontrollsystems begrüßt. Diese Regelung sei ein wichtiges Anliegen für Ungarn, teils aus finanziellen Gesichtspunkten, teils, weil Ungarns Grenzen in Zukunft die Außengrenzen der EU bilden würden. Die Öffentlichkeit würde die EU-Erweiterung eher als Sicherheitsrisiko sehen, nur ein gemeinsames Vorgehen könne diese Sorgen entkräften.

Quelle: Budapest Zeitung – Online, 07. Juni 2002

UMWELT

Österreich

Länderübergreifendes Luftgüteprojekt erfolgreich abgeschlossen

Wissenschaftler aus sechs Regionen (Niederösterreich, Burgenland, Südmähren, Westslowakei, Westungarn und Wien) beenden in diesen Tagen ein internationales EU-Projekt, das zum Ziel hatte, der Luftschadstoffbelastung in der grenzübergreifenden Ostregion den Kampf anzusagen. "Die internationale Zusammenarbeit gerade im Umweltschutz ist enorm wichtig. Projekte wie dieses unterstützen die länderübergreifende Zusammenarbeit und helfen den Reformländern beim Aufholprozess", hielt dazu Umwelt-Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka fest.

Hofrat Dr. Werner Hann von der Abteilung Umwelttechnik zeigte, wie auf einer neugeschaffenen Internetplattform (www.air-ce.org) jeder Bürger grenzüberschreitend jederzeit stündliche Messungen zum Zustand der Atemluft in fünf Sprachen ablesen kann, ein für Europa bis jetzt einmaliges Projekt. Neben der tabellarischen Auflistung der Daten sind Grafiken mit den zeitlichen Verläufen und Vergleichen der aktuellen Schadstoffkonzentrationen auf der neuen Homepage dargestellt. Allgemeine Informationen über die Messnetze der Länder und über die Schadstoffe bzw. Grenzwerte runden das Bild ab.

Zur Senkung des CO₂-Ausstoßes wurden im Rahmen des Projektes besonders in den östlichen Nachbarregionen die Möglichkeiten der Energieverbrauchssenkung untersucht. Hierbei zeigten Berechnungen, dass bereits mit einem Investitionsbetrag von 4.000 Euro pro Wohnung der Energieverbrauch durch Isolationsmaßnahmen bis auf die Hälfte abgesenkt werden kann.

Neben der umfangreichen wissenschaftlichen Arbeit wurden zahlreiche Seminare und Informationsveranstaltungen zum Thema Ökozertifizierung für Betriebe, Klimabündnis, Althausanierung und alternative Energieformen in den benachbarten Ländern abgehalten.

"Ziel des Projektes war es auch, durch Know-how-Transfer und Information der Bevölkerung einen Beitrag zu leisten, traditionelle Energieträger zu ersetzen und die mit Atomkraft produzierte Energie überflüssig zu machen", so Sobotka abschließend.

Quelle: Niederösterreichische Landeskorrespondenz, 18. April 2002

Solaranlage in tschechischer Schule in Breclav eröffnet

In Breclav in Südmähren eröffnete gestern Umwelt-Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka eine Solaranlage, die Tschechien gemeinsam mit Niederösterreich errichtete.

Fassadenintegrierte Kollektoren auf einer Fläche von rund 80 Quadratmetern sorgen nun für eine umweltfreundliche Erwärmung des Warmwassers in der HTL in Breclav, einer technischen Mittelschule mit den Fachrichtungen Verkehrstechnik, Elektrotechnik und Informatik.

Die Anlage soll pro Jahr 24.000 Kilowattstunden Energie erzeugen, rund sieben Tonnen CO₂ können pro Jahr eingespart werden. Die Errichtung und Planung der Solaranlage in der HTL Breclav kostete 58.000 Euro und wurde vom Land Niederösterreich, vom tschechischen Umweltfonds und von der EU finanziert. Ergänzend errichtete die Schule auch eine fassadenintegrierte Photovoltaikanlage, die zur Gänze vom tschechischen Umweltministerium gefördert wurde.

"Für uns ist es entscheidend, dass wir glaubwürdig eine Anti-Atom-Politik betreiben können, wenn wir unseren Partnern jenseits der Grenze auch zeigen, welche Alternativen wir haben. Die Alternativen zur Atomenergie heißen sicherlich regenerative und ökologisch-verträgliche Energien. Die Sonnenenergie ist hier einfach die Verträglichste von allen", meinte Sobotka.

Die Anlage soll aufgrund ihrer guten Sichtbarkeit auch als Demonstrationsanlage dienen. Durch die Ausstattung mit PC-unterstützten Messeinrichtungen bekommen die Schüler Gelegenheit, die Nutzung der Sonnenenergie im Laborunterricht praxisnah zu erforschen, da sie die Messergebnisse im Unterricht verwerten werden.

Im Rahmen dieses Projekts wird auch in Zusammenarbeit mit der NÖ Landesberufsschule Zistersdorf ein Programm zur Lehrerfortbildung durchgeführt. "Unser Projekt soll Hemmnisse und Schwächen bei der Nutzung der Solarenergie in der Tschechischen Republik beseitigen. So erwarten wir uns im Rahmen einer grenzüberschreitenden Kooperation für die gesamte Region sowohl auf österreichischer als auch auf tschechischer Seite positive Wirtschaftsimpulse und erwünschte ökologische Effekte", betonte Sobotka. Die Solaranlage in Breclav ist nicht das erste grenzüberschreitende Energieprojekt des Landes Niederösterreich. Bereits vor zwei Jahren wurde in der Slowakei eine ähnliche Anlage installiert. In Tschechien ist außerdem ein Solar-Expertennetzwerk gegründet worden.

Quelle: Niederösterreichische Landeskorrespondenz, 14. Mai 02

Tschechien

Slowakei

Slowakei investiert kräftig in verbesserten Umweltschutz

Im heurigen Jahr wird die Europäische Union der Slowakei fast 190 Millionen Euro für den Umweltschutz und die Verbesserung der Infrastruktur zur Verfügung stellen. Diese Mittel werden die Angleichung der slowakischen Umweltstandards an das Unionsniveau beschleunigen.

Für die Periode von 1999 bis 2008 ist ein Investitionsvolumen von 4,8 Milliarden Euro für den Umweltschutz geplant. Diese Summe wird vom Staat, von staatlichen Umweltfonds, von den Kommunen, von der Privatwirtschaft sowie über Programme der EU aufgebracht. Zu diesen Programmen gehören ISPA, Instrument for Structural Policies for Pre-accession; PHARE, Poland and Hungary Assistance for Restructuring of Economies (unterstützt auch die Slowakei) sowie SAPARD, Special Action for Pre-accession for Agriculture and Rural Development.

Der Anteil der Privatwirtschaft an den Umweltinvestitionen betrug schon im Jahr 1995 50%. Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, dass dieser Anteil stetig wächst. Auch der Gesamtanteil der Umweltausgaben am BIP soll von ca. 1,7% im Jahr 2002 auf rund 2,5% im Jahr 2008 steigen. Damit liegt die Slowakei im europäischen Spitzenfeld. Das auch im europäischen Kontext sehr gute Abschneiden der Slowakei in Umweltfragen zeigt sich auch darin, dass bei den Beitrittsverhandlungen lediglich sechs Übergangsfristen ausverhandelt wurden. Damit wird schon zum Beitrittszeitpunkt ein Großteil des europäischen Umweltrechts umgesetzt sein, betont der Leiter der Abteilung für Umwelt-, Energie- und Infrastrukturpolitik, Doz. Stephan Schwarzer.

Besonders in folgenden Bereichen seien, aufgrund der zu erfüllenden Übergangsfristen längerfristig Investitionen zu erwarten: umweltfreundliche Behandlung gefährlicher Abfälle, Recycling von Wertstoffen und Reinigung der kommunalen Abwässer.

Dieser Ökologisierungsschub in der Slowakei berge große Chancen für die Österreichische Wirtschaft. Denn aufgrund ihres hervorragenden Know-hows und ihrer traditionell guten Kontakte mit der Slowakei können österreichische Betriebe auf dem wachsenden Markt sowohl als Lieferanten als auch als Consulter partizipieren, erklärt Schwarzer.

03. Mai 2002, Rückfragehinweis: Wirtschaftskammer Österreich, Dr. Stephan Schwarzer, Tel.: (++43-1) 50105-4197

Ungarn

Klärwerk am Nord-Balaton soll renoviert werden

Die Kläranlagen in Révfülöp und Balatonfüred sollen modernisiert werden, um die Probleme des Trinkwassernetzes am Nord-Balaton zu lösen. Dies war die wichtigste Erkenntnis bei einem Treffen der Kommunen von 20 Ortschaften am vergangenen Dienstag in Balatonfüred, bei denen sich die Vertreter von Gemeinden und Behörden mit den diesjährigen Plänen der Transdanubischen Regionalen Wasserwerke Rt. vertraut machten. Das „ungarische Meer“ ist Hauptlieferant für das Trinkwasser der Gemeinden am Balaton.

Die Kapazität der Kläranlagen Révfülöp und Balatonfüred erfüllt nicht den Bedarf. Die Modernisierung der beiden Anlagen beginnt in diesem Jahr und wird im kommenden abgeschlossen. In früheren Jahrzehnten kam ein Drittel des Trinkwassers aus dem See, jetzt sind es zwei Drittel. Weil sich das Seewasser häufig auf bis zu 28 Grad erwärmt, gilt es, auch das Karstwasser vom Bakony verstärkt für die Trinkwasserversorgung heranzuziehen.

Innerhalb von dreißig Jahren hat sich das Trinkwassernetz der Region vervierfacht, es wuchs von 180 auf 770 Kilometer. Noch stärker ist der Anstieg der Zahl der Trinkwasseranschlüsse: von 4000 auf 33.000. An Karstwasser treffen im Winter täglich knapp 5000 Kubikmeter, in der Hochsaison täglich 2000 Kubikmeter in Balatonfüred ein. Zur Kontrolle der Wasserqualität hat die Wasserwerke Rt. einen Vertrag mit der Universität Veszprém geschlossen.

Zwölf der 20 Orte am nördlichen Balaton sind in das Kanalnetz integriert, in anderen Gemeinden arbeitet man daran den Anschluss herzustellen.

Quelle: Budapest Zeitung – Online, 07. Juni 2002

WIRTSCHAFT

Österreich

EU setzt bei Grenzregionenförderung auf die Wirtschaftskammern

Der für die Regionalpolitik zuständige EU-Kommissar Michel Barnier stellt der ARGE 28 - einer Arbeitsgemeinschaft von 28 Wirtschaftskammern aus Österreich, Deutschland, Italien und Griechenland zur Förderung von Klein- und Mittelbetrieben in EU-Grenzregionen - weitere 30 Mio Euro in Aussicht. "Diese Aufstockung von 15 Mio auf 45 Mio Euro bedeutet ein äußerst positives Zeichen und das Vertrauen der EU für die Qualität der Arbeit der Wirtschaftskammern zur KMU-Förderung", freut sich WKÖ- und Eurochambres-Präsident Christoph Leitl.

Die Laufzeit beträgt 40 Monate. Schwerpunkte der ARGE sind Projekte zur Verbesserung des Informationsmanagements und zwischenbetrieblicher Kooperationen und Netzwerke, die Durchführung von Marktanalysen sowie die Erarbeitung von Marketingstrategien für die betroffenen KMUs", erklärt Leitl.

Bewilligt wurde auch ein wichtiges Internet-Projekt mit dem Ziel die Aktivitäten der ARGE 28 mit dem EU-Förderprogramm "Unterstützung für KMU in Grenzregionen" und einer umfassenden Unternehmerdatenbank zu verknüpfen sowie in weiterer Folge einen virtuellen Marktplatz einrichten zu können. "Die wko.inhouse GmbH hat sich für diesen Auftrag beworben und erhielt nun den Zuschlag von rund 125.000 Euro", freut sich Leitl und sieht darin eine weitere internationale Aufwertung und Anwendungserweiterung der wko.at-Plattform.

23. April 2002, Rückfragehinweis: Wirtschaftskammer Österreich Tel.: (+43-1) 50105-4599, Fax: (+43-1) 50105-263, presse@wko.at, <http://www.wko.at/Presse>

Technologieoffensive im Süden Niederösterreichs

"Mit der binnen kurzer Zeit zu erwartenden EU-Erweiterung wird eine grenzenlose Öffnung der Wirtschaftssysteme auf uns zukommen", sagte heute Landeshauptmannstellvertreterin Heidemaria Onodi in einer Pressekonferenz im Technologie- und Forschungszentrum in Wiener Neustadt, an der auch Geschäftsführer Prof. DDr. Helmut Detter teilnahm.

"In anderen Ländern wird bereits seit längerem viel Geld investiert, und alle Regionen wissen, dass sich dieser Markt weiter öffnen wird." Die Industrieregion des niederösterreichischen Südens werde dabei eine zentrale Stelle einnehmen und sich in naher Zukunft in einen Wirtschaftsraum von 20 bis 25 Millionen Menschen zu positionieren haben, sagte Onodi. Mit den Regionen in und um Krems mit dem Themengebiet "Medical and Pharmaceutical Biotechnology", in Tulln mit biotechnischen Verfahren und besonders in Wiener Neustadt mit dem Technologie- und Forschungszentrum, das sich auf die Mikrosystemtechnik spezialisiert, weiters mit den Fachhochschulen, dem Zentrum Seibersdorf und der TU Wien, habe das Land Niederösterreich bereits branchenübergreifende Schwerpunkte, die klein- und mittelbetriebliche Unternehmen in Richtung High-Tech umstrukturieren, argumentierte Onodi. In der Mikrosystemtechnik, die weltweit betrieben werde, ist Niederösterreich allerdings auf dem Punkt "5 vor 12" angelangt. Auch hier müssten also raschest mehr Förderungen und eine Zusammenarbeit, etwa mit den Regionen Nordrhein-Westfalen oder Hessen, zum Gelingen beitragen. Als Projekt, das raschest zur Umsetzung ansteht, wird zum Beispiel ein europäisches Netzwerk in der Mikrosystemtechnik mit einem Knoten in Niederösterreich bezeichnet, wobei dieses Vorhaben auch mit Landesfördermitteln zu unterstützen sein wird. Aber auch andere Vorhaben, wie "Integrated Microsystems Austria", "MST-factory", eine Pilot-Installation der PATT-Modul-Technologie im Krankenhausbereich, die im Schwerpunktspital Wiener Neustadt getestet werden soll, und die Kooperation zwischen den Städten Wiener Neustadt und Ningbo (China) werden neben anderen Förderungen auch vermehrt eine Finanzierung durch das Land Niederösterreich in Anspruch nehmen müssen, um zur Realisierung der Strategie, zu einer Top Ten Region aufzusteigen, beizutragen. Quelle: Niederösterreichische Landeskorrespondenz, 24. April 2002

Gesellschafterzuschuss für Wirtschaftspark Marchegg

Im Rahmen der beabsichtigten Nordstrategie der Eco Plus für die Errichtung eines Wirtschaftsparks wurden bereits erste Sondierungsmaßnahmen gesetzt. Dabei ist aus Gesprächen mit unterschiedlichen Investoren hervorgegangen, dass ein Areal in unmittelbarer Grenz Nähe zur Slowakei einen Standortvorteil für die Errichtung eines "Komponenten/Systeme-Zulieferparks" für das slowakische VW-Werk, das derzeit ca. 7.000 Mitarbeiter beschäftigt, darstellt. Für dieses Investitionsvorhaben eines Wirtschaftsparks Marchegg hat die NÖ Landesregierung zuletzt 4.178.688 Euro als Gesellschafterzuschuss der Eco Plus aus Regionalförderungsmitteln genehmigt.

Mit Gesamtkosten von rund 12,2 Millionen Euro soll ein niederösterreichischer Park nach dem Muster der Eco Plus Wirtschaftsparks errichtet werden.

Der geplante Wirtschaftspark ist unter anderem als Zulieferpark für das in Devinska Nova Ves angesiedelte VW-Werk gedacht. In der Automobil(zuliefer)industrie gehen die Strategien in Richtung Anlieferung von Komplettsystemen statt einzelner Komponententeile. Insofern sind der Zeitfaktor und die Distanz zum bestehenden Werk für die optimale Abwicklung der Transportlogistik Voraussetzung. Daher ist die örtliche Nähe zum VW-Werk ein Hauptfaktor für die Standortentscheidung der Zulieferbetriebe, welche die Hauptzielgruppe des Komponentenparks sein werden.

Quelle: Niederösterreichische Landeskorrespondenz, 26. April 2002

Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und Ungarn sollen ausgebaut werden

Im Mittelpunkt der am 3. Mai 2002 in Budapest stattfindenden bilateralen österreichisch-ungarischen Wirtschaftsgespräche werden die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Staaten und Möglichkeiten für deren Weiterentwicklung stehen. Darüber hinaus werden Fragen der regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der Stand der Beitrittsverhandlungen Ungarns zur Europäischen Union sowie aktuelle multilaterale Handelsfragen erörtert werden.

Die österreichischen Exporte nach Ungarn sind im vergangenen Jahr erstmals seit der Ostöffnung - wenn auch nur leicht - um -4,6% auf rd. 3,3 Milliarden Euro zurückgegangen. Dadurch ist Ungarn auf den 7. Rang in der Reihung der Exportmärkte (nach Deutschland, Italien, USA, Schweiz, Großbritannien und Frankreich) zurückgefallen. Dennoch hält Österreich am ungarischen Markt einen Anteil von ca. 8%. Ausschlaggebender Grund für den Rückgang der österreichischen Exporte nach Ungarn war die Änderung der Produktionsstruktur eines multinationalen Unternehmens, das auf beiden Seiten der Grenze bedeutende Produktionsstätten unterhält. Starke Zunahmen gab es im Erdöllexport und bei der Ausfuhr von chemischen Erzeugnissen (medizinische und pharmazeutische Waren, Körperpflege- und Reinigungsmittel, Kunststoffe).

Im Gegensatz dazu konnte Ungarn mit einer geringfügigen Zunahme seiner Lieferungen nach Österreich in einem Umfang von +0,3% und einem Wert von rd. 2,6 Milliarden Euro seine Stellung als fünft wichtigstes Lieferland behaupten.

Besonders erfreulich ist aus der Sicht der österreichischen Wirtschaft die Tatsache, dass im vergangenen Jahr eine große Anzahl von kleineren und mittleren österreichischen Unternehmen den ungarischen Markt neu zu bearbeiten begonnen hat. Dies verdeutlicht die Bedeutung Ungarns als Be- und Verarbeitungsstandort für kleinere und mittlere Unternehmen. Auffallend ist diese Tendenz im Warenaustausch auf dem Textil-, Bekleidungs- und Möbelsektor. Ein ziffernmäßig schwer erfassbarer, volkswirtschaftlich jedoch bedeutsamer Austausch findet auf den verschiedensten Gebieten der "unternehmensnahen Dienstleistungen" statt. Einerseits betrifft dies die Zusammenarbeit in diversen Sparten der EDV, andererseits die rege Tätigkeit von Beratungsfirmen wie Rechtsanwaltskanzleien, Steuer-, Unternehmens- sowie Personalberatern und Unternehmen im Bereich der betrieblichen Aus- und Fortbildung.

Die österreichischen Investitionen in Ungarn dürften im abgelaufenen Jahr um 400 Mio. € auf insgesamt ca. 2,4 Milliarden Euro zugenommen haben. Neben einer Reihe von Modernisierungsmaßnahmen in bestehenden Fabriken und Anlagen, insbesondere auf dem Baustoffsektor, wurden zahlreiche Niederlassungen von österreichischen Einzelhandelsketten, Banken und Baumärkten sowie neue Produktionsstätten bedeutender österreichischer Verpackungsmaterialhersteller auf der "grünen Wiese" errichtet.

02. Mai 2002, Rückfragehinweis: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Ministerbüro: Dr. Ingrid Nemeč, Tel: (++43-1) 71100-5108

Industrie: Österreich ist Erweiterungsgewinner Nummer 1

"Österreich erhält - darüber sind sich alle seriösen Studien einig - durch die Erweiterung eine große zusätzliche Wachstums- und Wohlstandschance. Wir erhalten das größte Stück vom Erweiterungskuchen", betonte der Generalsekretär der Industriellenvereinigung, Dkfm. Lorenz Fritz, auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit EU-Kommissar Dr. Franz Fischler. Die Industriellenvereinigung startet daher eine Informationskampagne unter dem Titel "Europa wächst zusammen" mit den Hauptzielgruppen Industrie-Mitarbeiter und deren Angehörige sowie Schülerinnen und Schüler. Diese Zielgruppen und die Bevölkerung in den Grenzregionen sollen primär für die Jahrhundertchance Erweiterung gewonnen werden. Die Informationskampagne der Industriellenvereinigung "Europa wächst zusammen" wird durch eine eigene Text-Bild Marke begleitet. Neben einer Broschüre, die die Beitrittskandidaten nicht nur politisch-ökonomisch, sondern auch mit anderen nationalen Eigenheiten wie der Nationalspeise vorstellt, kommen im Printbereich auch Inserate in Regionalmedien zum Einsatz. Diese präsentieren jeweils Unternehmen, die durch die Grenzöffnung besonders profitiert haben und ihre starke regionale Positionierung durch die Erweiterung weiter absichern können.

In den Industriebetrieben werden Diskussionsveranstaltungen durchgeführt, für Schülerinnen und Schüler wird ein Schulbehelf entwickelt, der die wichtigsten Daten zur EU-Erweiterung beinhaltet. Weitere Aktivitäten sind unter anderem verschiedenste Veranstaltungsformate wie Netzwerkabende mit Meinungsbildern aus den EU-Beitrittskandidatenländern. Die Industriellenvereinigung unterstützt darüber hinaus die Initiative "Stimmen für Europa", die aus Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der Bürgergesellschaft über alle Parteigrenzen hinweg, besteht. Österreicher hat EU-weit größte wirtschaftliche Vernetzung mit Beitrittskandidaten. Die Industriellenvereinigung nannte beispielhaft einige Vergleichszahlen, mit denen Kosten-Nutzen der Erweiterung verständlich gemacht werden können:

- Die Bedeutung der MOEL-Märkte für Österreich manifestiert sich im Bereich der Direktinvestitionen: 63 Prozent der österreichischen Direktinvestitionen gingen im Vorjahr nach Zentral- und Osteuropa.
- Von allen EU-Staaten exportiert Österreich am meisten in den Mittel- und Osteuropäischen Raum: Rund 13,5 Prozent der österreichischen Gesamtexporte hatten 2000 die MOEL 10 zum Ziel. Zum Vergleich: In Deutschland liegt dieser Anteil bei 8,12 Prozent, in Italien bei 5,65 Prozent.
- Das Potenzial der wirtschaftlichen Vernetzung mit den neuen - alten Handelspartnern zeigt sich auch anhand historischer Vergleichszahlen: Während im Jahr 1920 27,8 Prozent des österreichischen Exportes in die damalige Tschechoslowakei gingen waren dies im Vorjahr in die beiden mittlerweile getrennten Staaten insgesamt 4 Prozent.
- Pro Österreicherin und Österreicher "kostet" die EU-Erweiterung in den Jahren von 2001 bis 2006 25 € jährlich.

08. Mai 2002, Rückfragehinweis: IV-Newsroom, Tel.: (++43-1) 711 35-2306, Fax: (++43-1) 711 35-2313, info@iv-newsroom.at, <http://www.iv-net.at>

Leitl: "Riesenerfolg" bei Österreichs Exporten in die Slowakei

Als "Riesenerfolg" bezeichnet WKÖ-Präsident Christoph Leitl die Entwicklung des Außenhandels zwischen Österreich und seinem Nachbarstaat Slowakei. "Nach einer Steigerung der österreichischen Exporte um 23,1 % auf 946 Mio Euro im Jahr 2001, nehmen diese auch heuer in ähnlicher Höhe zu und werden deutlich die Mrd Euro-Grenze überschreiten. Dies bedeutet die Sicherung von rund 20.000 Arbeitsplätzen in Österreich. Bei den Investitionen von Klein- und Mittelbetrieben sowie im Bankenbereich liegt Österreich in der Slowakei an erster Stelle", berichtet Leitl, der heute, Freitag, mit dem slowakischen Präsidenten der Industrie- und Handelskammer, Peter Mihok, in Pressburg zusammen trifft.

Zentrales Gesprächsthema stellt die EU-Erweiterung und die bestmögliche Vorbereitung auf österreichischer und slowakischer Seite dar. "Ziel des Treffens ist, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Unternehmen weiter zu vertiefen, die durch INTERREG-Mittel auch besonders gefördert wird", erklärt Leitl. So werden unter dem Projektnamen "Spolu" (d.h. auf slowakisch: gemeinsam) in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftskammern und der Betriebsansiedelungsgesellschaft Eco-Plus Unternehmen in der niederösterreichischen, der slowakischen und tschechischen Grenzregion durch individuelle Beratungsleistungen und Networking in ihren grenzüberschreitenden Wirtschaftsaktivitäten unterstützt. Andere interessante Projekte des Arbeitsprogramms der EUREGIO Weinviertel-Südmähren-Westslowakei im Rahmen von INTERREG beziehen sich auf den Aufbau von Tourismuskoooperationen, Informations- und Ausbildungsprogramme, Knowhow-Transfer, grenzüberschreitendes Umweltmonitoring und die Bildung eines Alternativenergie-Netzwerkes.

24. Mai 2002, Rückfragehinweis: Wirtschaftskammer Österreich, presse@wko.at, <http://www.wko.at/Presse>

Tschechien

Škoda Superb kommt auf europäische Märkte

Die neue Luxuslimousine Škoda Superb wird im März um die Gunst der ausländischen Kunden kämpfen. Von diesem Monat an wird sie in der Schweiz und in Deutschland zu haben sein, einen Monat später bekommt man sie auch in Österreich, Belgien, Schweden, Ungarn und Kroatien. Im Mai sollte der neue Škoda auch nach Großbritannien, Polen, Italien und in die Niederlande kommen.

Quelle: Internetbericht www.zpravy.idnes.cz, 27. Februar 2002

Die Österreicher kauften schon ein Zehntel der Aktien der Sparkasse

Nach der ersten Woche des Verkaufs der Aktien der Sparkasse der Tschechischen Republik ist die Gesellschaft AVS, die Tochterfirma der österreichischen Erste Bank, die der Majoritätsinhaber der Sparkasse ist, mit den Aktionären der Bank über den Kauf der Aktien im Wert von 13,2 Millionen

Kronen handelseinig geworden. Insgesamt haben die Emission über 140 Millionen Aktien und der Majoritätsinhaber sollte 9,4 % Kapital besitzen, ergibt sich aus Informationen von Patria Finance, die das Angebot realisiert. Die Firma bietet 375 Kronen für 1 Aktie an. Die Analytiker sind sich aber meistens darüber einig, dass der angebotene Preis zu niedrig ist. Der entsprechende Preis sollte ihrer Meinung nach bei 400 Kronen liegen. Das Management der Sparkasse sagt jedoch, das Angebot stimme mit den Interessen der Aktionäre überein und der Preis sei angemessen. Die Bedingungen des Verkaufs hat auch die Kommission für Wertpapiere gebilligt.

Quelle: Deníky Bohemia, 16. April 2002

Slowakei

Industrieparks sollen bis 2007 bis 25.000 neue Arbeitsplätze schaffen

Das Gesetz sieht eine Förderung für Gemeinden von bis zu 70 Prozent bei den Gesamtkosten des Bau eines Industrieparks vor. Die Förderung kann für den Aufbau der Infrastruktur, beim Kauf bzw., der Pacht von Flächen genutzt werden. Die Bedingung einer solchen Förderung ist, dass die Gemeinde die restlichen 30 Prozent der Kosten selbst übernehmen kann. Das Rathaus kann dabei Verträge über die Mitfinanzierung interessierter Firmen abschließen. Das Staatsbudget sieht 500 Mio. Sk für die Förderung von Industrieparks vor. In der Slowakei können so bis 2007 etwa 25.000 Arbeitsplätze entstehen.

Am 25.04.2002 stimmte die Regierung über die Fördersumme des Industrieparks Záhorie ab. Die 45 Mio. Sk sollen auch für Marketingaktivitäten im Ausland, zur Vorbereitung von Investitionskonferenzen und zur Präsentation der Investitionsmöglichkeiten im Park genutzt werden. Mit dem Bau soll heuer begonnen werden. Der Park wird in der Nähe von Plavecký Štvrtok gebaut – diese Lage ist sinnvoll, da sie sich auf dem Gebiet der geplanten Euregion Bratislava – Wien – Győr befindet, wie auch auf dem Gebiet der Euregion Pomoravie. Die geplante Gesamtfläche des Industrieparks kann im Jahr 2017 etwa 1300 ha erreichen. Im Zeitrahmen der nächsten 15 Jahre werden hier etwa 18.000 Arbeitsplätze entstehen, weitere 10.000 Menschen werden zusätzlich in den zusammenhängenden Bereichen beschäftigt.

Die Schattenseite des Industrieparks in Lozorno befürchtet man in Form der unzähligen LKW, die nach der Fertigstellung täglich Richtung Volkswagen-Werke verkehren werden. Man erwartet etwa 500 LKW täglich, die alle durch die Gemeinde Stupava fahren müssen. Deswegen überlegt man sich bereits heute eine Lösung. Mit Hilfe des Programms PHARE will die Verkehrskommission des Kreises Bratislava eine Umfahrung bauen, die auf der Länge von 3,6 km die Gemeinde umfährt. Diese soll zusammen mit der Autobahnanbindung Stupava vollzogen werden. Die restlichen Finanzen wird sich Volkswagen, Staat und der Kreis Bratislava teilen.

Quelle: www.sme.sk, www.hnx.sk, 16. April 2002, 26. April 2002, 02. Mai 2002

Ungarn

Forschungsstandort Ungarn - Ungarn soll Regionalzentrum werden

Vergangene Woche veranstaltete die Deutsch-Ungarische Industrie- und Handelskammer (DUIHK) einen Vortragsabend zum Thema "Ungarn - Standort für Forschung und Entwicklung". Neben einem Vertreter des Bildungsministeriums referierten auch Leiter deutscher und ungarischer Unternehmen über ihre Erfahrungen. Ansgar Fries, Leiter des Entwicklungszentrums der Knorr-Bremse Kft. in Budapest, sprach über Forschungs- und Entwicklungsstandort-Vorteile Ungarns aus der Sicht eines deutschen Unternehmens. Knorr-Bremse, das Systeme für Schienen- und Nutzfahrzeuge herstellt, hat sich bereits 1995 für Budapest als Standort für seine Forschung und Entwicklung entschieden. "Ungarns Ausbildung von Ingenieuren im Bereich Elektronik- und Kraftfahrzeugtechnik ist weltweit anerkannt", sagte Ansgar Fries, "außerdem sind die Ingenieure hochmotiviert". Ein weiterer Vorteil für das Unternehmen sei, dass die Ingenieure bei Knorr-Bremse alle eine zusätzliche Fremdsprache beherrschen.

Als weiteren Standortvorteil bezeichnete Fries die relativ niedrigen Entwicklungskosten in Ungarn. Das Unternehmen habe vor allem auch deswegen schon so früh in die Forschung und Entwicklung in Ungarn investiert, da man den Lehrstuhlleiter für Kraftfahrzeugtechnik an der Technischen Universität Budapest (BME) als Leiter des Entwicklungszentrums gewinnen konnte. Auch die einfache und intensive Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen in Ungarn, vor allem mit der BME und der Akademie der Wissenschaften, habe den Ausschlag gegeben, erklärte Fries.

Auch in die Zukunft blickte Fries optimistisch. "Der ungarische Staat fördert Forschung und Entwicklung in weiten Bereichen, weshalb die Rahmenbedingungen attraktiv bleiben." Dazu komme, dass die Universitäten immer enger mit der Industrie kooperierten. "Studenten stehen bereits während des Studiums den einzelnen Firmen zur Verfügung." Allerdings werde auch ein

Verdrängungswettbewerb zwischen den Firmen spürbar, als Folge stiegen die Kosten für Ingenieure. "Um dieses Problem zu lösen, muss sich Ungarn zu einem Regionalzentrum entwickeln, das alle angrenzenden Staaten einbezieht", forderte Ansgar Fries.

Auch der Präsident der 77 Elektronika Kft., Sándor Zettwitz, beurteilte die Ausbildung der Ingenieure in Ungarn positiv. "Das Bildungsniveau hat im Ingenieursbereich ein hohes Niveau", bestätigte er.

Auch seien die Universitäten in der Zusammenarbeit gute Partner.

Der Schlüssel für den Erfolg seines Unternehmens, dass medizinische Elektronik und Telekommunikationsgeräte produziert, liege eindeutig in der Entwicklung. Als man bei 77 Elektronika mit der Forschung und Entwicklung begann, habe man ein Team zusammengestellt, deren Mitglieder bei der Einstellung zwischen 20 und 26 Jahre alt waren. "Wichtig ist dann auch, dass das Team der Entwickler auch im Unternehmen bleibt", so Sándor Zettwitz.

Um das zu erreichen habe man in seiner Firma auch einen Anreiz durch entsprechende Löhne geschaffen. Die Ingenieure bekommen durch ein Prämiensystem in der Vergütung einen zusätzliche Motivation bei ihrer Arbeit. 70 Prozent des Gehalts sind fest, 30 Prozent orientieren sich am Erfolg der anvisierten Ziele.

Quelle: Budapester Zeitung - Online, 30. April 2002

Wirtschaftspark Győr - Ungebrochene Nachfrage

Der Industriepark, südöstlich der Stadt Győr gelegen, kann sich seit seiner Gründung im Jahr 1991 über Zulauf nicht beklagen. Nicht nur Multis wie Philips, MAN oder VAW haben den Park als Fertigungsstandort gewählt, ebenso sind es Firmen wie der Unterwäschehersteller Skiny oder Logistiker Quehenberger, die dort für einen attraktiven Branchenmix sorgen. Die Inhaber und Betreiber des Wirtschaftsparks blicken zufrieden zurück, aber ebenso optimistisch in die Zukunft, was die weitere Expansion angeht. Ein besonders guter Aspekt liegt darin, dass neben der österreichischen Bank Austria Creditanstalt und der Mischek Bau AG auch die Stadt Győr als Gesellschafter des Industrieparks fungiert, was Entscheidungsprozesse wesentlich vereinfacht. So kann interessierten Unternehmen eine zweijährige Gewerbesteuerbefreiung angeboten werden, die im Falle umfangreicher Folgeinvestitionen sogar noch ausbaufähig ist.

Es sind jedoch nicht nur steuerliche Vorteile, die die Standortwahl vieler Unternehmen zugunsten des Wirtschaftsparks ausfielen ließ. Die intakte Infrastruktur zählt ebenso dazu wie die verkehrsgünstige Lage nahe des Stadtzentrums. Den Anliegern steht zudem ein direkter Autobahn- und Bahnanschluss einschließlich Verladerrampe zur Verfügung, wo gleichzeitig sämtliche Zollangelegenheiten abgewickelt werden können. "In den letzten Monaten haben wir das öffentliche Nahverkehrsnetz weiter ausgebaut, da es hier noch Nachholbedarf gab", räumt László Balogh ein, Geschäftsführer des Győrer Wirtschaftsparks.

Die Ansiedlung des Automobilzulieferers VAW, der 1992 eine hochmoderne Aluminiumgießerei errichtete, stellte für die weitere Erfolgsgeschichte des Parks eine Art Initialzündung dar. In den Folgemonaten wählten sowohl ausländische als auch ungarische Investoren verstärkt den 126 Hektar großen Wirtschaftspark als Firmenstandort, ein Gelände in der Größe von rund 250 Fußballfeldern. "Neben einer Vielzahl von Produktionsbetrieben zählen mittlerweile auch einige Handels- und Dienstleistungsfirmen zu den Ansiedlern", freut sich Balogh.

Insgesamt konnten bis heute knapp 65 Prozent der Gewerbeflächen verkauft werden, ob weitere internationale Konzerne wie Philips folgen werden, ist noch offen. Gezielt werden mittelständische Unternehmen auf eine Ansiedlung im Wirtschaftspark angesprochen, wobei sich schon einige dafür entschieden haben. So die Datacon Kft., mit rund 100 Beschäftigten eine eher kleinere Firma, tätig im Mikroelektroniksektor, die kürzlich vier Mio. Euro in Győr investiert hat.

Quelle: Budapester Zeitung – Online, 06. Mai 2002

Moderne Unterbekleidung aus Győr

Seit 1995 produziert die Skiny Kft., eine 100-prozentige Tochter des österreichischen Bekleidungsherstellers Huber Tricot, im Industriepark von Győr Damen- und Herrenuntertrikotagen. Im vergangenen Jahr erwirtschaftete die Firma einen Umsatz von rund 600 Mio. Ft. Die in Győr hergestellten Fertigprodukte gehen vollständig nach Österreich, von wo aus sie in den österreichischen Einzelhandel sowie nach Deutschland, Italien, Frankreich, Kroatien sowie in die Schweiz und die USA weiterversandt werden. Ein Teil der Produktion kommt auch wieder zurück nach Ungarn, wo die Skiny Bodywear GmbH eine eigene Vertriebstochter unterhält.

Zur Zeit arbeiten in der Győrer Fabrik etwa 350 Mitarbeiter. Im Rahmen einer jetzt angelaufenen Umstrukturierung wird sich diese Zahl leicht reduzieren. Geplant ist unter anderem der Aufbau einer eigenen Zuschneiderei. Bisher kamen die zugeschnitten Einzelteile aus Österreich und wurden von den Näherinnen in Győr zum Endprodukt zusammengefügt. "In Zukunft erledigen wir den Zuschnitt da, wo einige Meter weiter die Endproduktion erfolgt", erklärt Geschäftsführer Georg Teichmann, der

sich durch die größere Unabhängigkeit von bestellten Liefermengen eine Erhöhung der Flexibilität und vor allem ein rascheres Reagieren auf die Vorgaben des Marktes verspricht.

Parallel dazu findet zurzeit auch ein schrittweiser Übergang von der in Reihe erfolgenden Produktion zur in der Automobilindustrie schon weit verbreiteten Inselfertigung statt. "Dadurch sind wir in der Lage, eine größere Palette an Produkten mit jeweils kleineren Seriengrößen herstellen", so der Geschäftsführer. Auch das werde sich positiv auf Flexibilität und eine Verkürzung der Lieferfristen auswirken. "Keine Kunde akzeptiert heute mehr lange Wartezeiten", so Teichmann zum Hintergrund der Strukturveränderungen. Durch den Übergang zu einer teilweisen Gruppenentlohnung erhoffe er sich auch Impulse für die Motivation der Mitarbeiter.

Quelle: Budapester Zeitung – Online, 06. Mai 2002

Audi Hungaria Motor Kft. - High-Tech und Qualität aus Ungarn

Wer den Namen Audi hört, denkt dabei an Innovation und Zuverlässigkeit, gefertigt im bayerischen Ingolstadt. In den letzten Jahren konnte aber auch der westungarische Audi-Standort Győr ein imposantes Wachstum verzeichnen. Die Tendenz zeigt dort nicht nur bei der Produktion, sondern ebenso beim Absatz nach oben. Mit 1300 ausgelieferten Fahrzeugen der Ober- und Mittelklasse allein 2001, hält Audi in diesem Segment in Ungarn bereits seit zehn Jahren die Marktführerschaft. Die Entscheidung für Győr fiel bereits Ende 1992, das passende Grundstück mit einer Fläche von mittlerweile über 700.000 Quadratmetern wurde dann im April 1993 erworben. Allein die Produktionshallen nehmen heute eine Fläche von 325.000 Quadratmetern ein, hinzu kommt eine Logistikhalle, die vor zwei Jahren fertiggestellt werden konnte und rund 30.000 Quadratmeter beansprucht, einschließlich Gleisanschluss. Rund 90 Prozent der Aus- und Anlieferung erfolgt per Bahn, 36 Züge pro Woche transportieren zwischen Ingolstadt und Győr Komponenten, komplett montierte Motoren und Fahrzeuge.

Am 12. Oktober 1994 nahm Audi Hungaria die Motorenfertigung auf. Beschränkte sich die Produktion in den ersten Jahren noch auf Vierzylinder-Fünfventilmotoren mit 1,8 Litern Hubraum, kamen 1997 V-Motoren mit sechs Zylindern hinzu. Bereits im Herbst 1998 erfolgte der Serienanlauf zur Fertigung der V8-Motoren, die unter anderem für die Leistungsstärke des Audi A8 verantwortlich zeichnen.

Die Produktionspalette wurde weiter ausgebaut, so rollen mittlerweile auch die 3,3-Liter-Turbodiesel-Achtzylinder-Motoren ebenso wie Dieselmotoren mit der Pumpe-Düse-Einspritztechnik in Győr vom Band. Letztere überzeugen laut Werksleitung im Straßenverkehr durch ihren niedrigen Verbrauch bei gleichzeitig hoher Beschleunigung. In der Summe sind es 20 Grundmotoren, die in knapp 450 Varianten als Vier-, Sechs- und Achtzylinder im Werk Győr gefertigt werden.

Bis heute rollten rund 160.000 Audi TT-Coupés und Roadster im Werk Győr vom Band. Die bereits lackierten Rohkarossen werden per Bahn antransportiert. Auf einer Länge von 240 Metern umfasst die Montagelinie 65 Stationen, dabei ist Nummer 22 die "Hochzeitsstation", dort werden Karosse und Innenleben des Fahrzeugs auf Ewigkeiten vereint. Nach knapp acht Stunden steht ein glänzender und voll funktionsfähiger Audi am Ende des Bands, der nur noch Benzin und Öl verlangt, bevor die erste Testfahrt auf der werkseigenen Strecke beginnt. Anschließend geht es auf dem Schienenweg zurück nach Ingolstadt und von dort in alle Welt.

Quelle: Budapester Zeitung – Online, 06. Mai 2002

Robert Bosch Elektronik Kft. - 24 Milliarden für Hatvan

Die Robert Bosch GmbH will in Hatvan ihr Europazentrum für elektronische Autokontrollsysteme errichten. "Das Unternehmen hat sich dazu entschieden, 24 Milliarden Forint in das Projekt zu investieren", berichtete László Schmidt, Personaldirektor der Robert Bosch Elektronik Kft. "Im Herbst soll mit dem Bau begonnen werden, im kommenden Jahr soll der erste Bauabschnitt bereits fertig sein", kündigte Vizebürgermeister Pál Vajda an.

Bis 2005 solle dann die gesamte Erweiterung der bestehenden Anlage im Industriepark von Hatvan fertig gestellt sein.

Die jetzigen Ausbaupläne müssen noch vom deutschen Mutterkonzern abegesegnet werden; mit der endgültigen Zustimmung wird für Mitte dieses Monats gerechnet. "Der Bau entspricht unserer Strategie, die Produktion gleicher Produkte möglichst an einen einzigen Ort zu konzentrieren", sagte Gábor Orbán, Finanzdirektor der Robert Bosch Elektronik Kft. In der Fertigungsanlage werden unter anderem komplette Armaturenbretter und Stromkreis-Platinen für Automatikschaltungen und ABS-Systeme produziert.

Bosch ist in Ungarn nicht nur in Hatvan tätig. Die Firma baut demnächst in Miskolc eine Anlage zur Werkzeugproduktion. Mit der Errichtung wird im Herbst begonnen, im kommenden Jahr soll sie den Betrieb aufnehmen. Die Kosten wurden mit 16,5 Millionen Euro angegeben.

Quelle: Budapester Zeitung – Online, 13. Mai 2002

Ungarn kaufen immer mehr Immobilien im Ausland

Durch die im vergangenen Jahr in Kraft getretene Liberalisierung haben immer mehr Ungarn im Ausland Immobilien erworben. Beliebteste Ziele sind Spanien, die französische Riviera und Florida. Allein im vergangenen Jahr gingen 150 Liegenschaften in Spanien und Florida in ungarische Hand. Quelle: Budapester Zeitung – Online, 17. Mai 2002

TVK und Mitsui bauen Polyäthylenwerk

Das Chemiekombinat TVK und die japanische Firmengruppe Mitsui haben in der vergangenen Woche einen Vertrag zum Bau eines TVK-Polyäthylenwerkes unterzeichnet, nachdem Mitsui den Zuschlag der betroffenen Ausschreibung gewonnen hatte. Die Anlage hat eine Kapazität von 200.000 Tonnen, wodurch sie die Polyäthylenkapazitäten von TVK insgesamt auf 410.000 Tonnen pro Jahr erhöhen. Die Investition beläuft sich auf 129 Mio. Euro. Quelle: Budapester Zeitung – Online, 17. Mai 2002

DaimlerChrysler baut Busse mit ungarischen Unternehmen

Die DaimlerChrysler AG will gemeinsam mit dem ungarischen Fahrzeugteil-Produzenten Raba Jarmuipari Holding Rt und dem Bushersteller Ikarus Egyedi Autobusgyar Busse für den ungarischen Markt bauen. Die Fahrzeuge sollen entweder mit DaimlerChrysler oder Raba-Motoren ausgestattet werden. Ungarns Vorstadt-Busse bedürfen einer Erneuerung, denn im Durchschnitt sind diese elf Jahre alt. Die staatliche Verkehrsgesellschaft Volan müsste jährlich ca. 600 Busse kaufen, konnte aber mangels Finanzmittel heuer nur 400 Fahrzeuge ersetzen. Quelle: Budapester Zeitung – Online, 24. Mai 2002

OMV Hungária - Schnelle Schnecken

Die OMV Hungária Ásványolaj Kft., eine 100-prozentige Tochter der Wiener Mineralölgesellschaft OMV AG, konnte im Jahr 2001 das beste Ergebnis ihres Bestehens realisieren. Der Umsatz belief sich im letzten Geschäftsjahr auf mehr als 116 Mrd. Forint und lieferte somit ein Betriebsergebnis von 1,83 Mrd. Forint, womit die Prognosen für Ungarn übertroffen wurden. "Garant des anhaltenden Erfolgs ist die gleichbleibend gute Produkt- und Dienstleistungsqualität, kontinuierliches Wachstum, Innovation und Kundenorientierung", erklärt Jürgen Haas, einer der Geschäftsführer des 1990 gegründeten Unternehmens. Die 400.000 neuen Mitglieder im Supershop-Programm, einem Punktebonussystem in Kooperation unter anderem mit Plus-Kaiser's, können ebenfalls als Beweis des gestärkten Kundenvertrauens gedeutet werden.

Ihre Wirkung hat die Werbekampagne mit der tankenden Schnecke auch nicht verfehlt, immer mehr Autofahrer verlangen an den 114 Tankstellen ungarweit nach der neuen Kraftstoffmarke OMV Energy Extra. "Die ungarischen Autofahrer unterscheiden sich von den Österreichern", erläutert Miklós Pécsi-Szabó, der zweite Geschäftsführer. "Für sie steht die Geschwindigkeit, die Freude am Fahren im Vordergrund. Diesem Temperamentsunterschied haben wir versucht, mit dem neuen Benzin entgegenzukommen, obwohl sich der ebenfalls neue alpentaugliche Diesel natürlich auch in Ungarn bewährt hat." Demzufolge konnte eine mehr als zehnprozentige Umsatzsteigerung im Tankstellenbereich erzielt werden. Auch das zweite Standbein, der Großhandel schloss erfolgreich. Die Optimierung der Logistik ermöglichte der neue "Dunatár", ein Depot auf der Csepel-Insel, wohin die Kraftstoffe direkt aus Schwechat zum Weitertransport geliefert werden. Einen besonders wichtigen Platz im OMV-Dienstleistungspaket nehmen die "Wiener Cafés" ein, die mit österreichischem Kaffee versuchen, den kurzen Aufenthalt an der Tankstelle noch angenehmer zu gestalten. Bis zum Jahresende soll es 36 Cafés geben. Nach ungarischen Erfolgen wurden diese, die Atmosphäre Wiener Kaffeehäuser weckenden Cafés auch in den Raststätten der ostmitteleuropäischen Region eingerichtet.

Trotz dieser nicht zu unterschätzenden Errungenschaften soll die Stabilität des Mineralölmarktes als bedeutender Erfolgsfaktor nicht vergessen werden. Die während des Geschäftsjahres nur mäßig schwankenden Ölpreise und Devisenkurse und der starke Forint haben wesentlich zum Vorsteuer-Ergebnis von 1,58 Mrd. Forint beigetragen.

Die positive Entwicklung des letzten Jahres soll auch in diesem Jahr fortgesetzt werden, bereits jetzt kann Ostmitteleuropa mit 626 mehr Tankstellen aufweisen, als die Muttergesellschaft in Österreich mit 588 betreibt. In Ungarn kommen in diesem Jahr vier weitere Tankstellen dazu, wodurch eine zusätzliche Festigung des rund Marktanteils von rund zehn Prozent erreicht werden soll.

Quelle: Budapester Zeitung – Online, 28. Mai 2002

Deutsche Firmen zufrieden mit Investitionen in Ungarn

Bei der diesjährigen Umfrage durch die Deutsch-Ungarische Industrie- und Handelskammer (DUIHK) bezüglich der aktuellen Konjunkturumfrage zeigt sich eine 82% Zufriedenheit der deutschen Firmen über ihr Engagement in Ungarn. Der Erhebung zufolge konnten ungarische Unternehmen mit

deutschem Kapitalanteil im letzten Jahr einen Umsatzanstieg um durchschnittlich 33 Prozent verbuchen, die Erträge nahmen um 36 Prozent zu. Gleichzeitig stiegen allerdings auch die Kosten um 28 Prozent. Für das laufende Jahr rechnen die Unternehmen mit einer Umsatzsteigerung von 24 Prozent.

Quelle: Budapester Zeitung – Online, 30. Mai 2002

Neuer Hersteller für Autoteile in Mezölak

In Mezölak im Komitat Veszprém baut die Lander Carlisle Ltd. für mehrere hundert Millionen Forint ein Unternehmen der Autozulieferbranche. Das britisch-amerikanische Unternehmen hat am 18. April die Lander Carlisle Automata Alkatrész Gyártó és Kereskedelmi Kft. mit einem gezeichneten Kapital von 245 Mio. Ft gegründet. Die Bauarbeiten für das Produktionswerk starten im August.

Quelle: Budapester Zeitung – Online, 31. Mai 2002

BP zieht sich vom ungarischen und tschechischen Markt zurück

Der BP Vorstand erklärte, dass sich das Unternehmen vom ungarischen und tschechischen Markt komplett zurückziehen werde. In Ungarn werden alle 55, in der Slowakei die elf vorhandenen Tankstellen verkauft. Das bestätigte BP Austria-Chef Hans Strassl anlässlich der am Dienstag in Wien abgehaltenen Bilanzpressekonferenz der Österreich-Tochter des Multis. BP begründet den Rückzug mit zu mageren Marktanteilen: In Ungarn kontrolliert BP acht Prozent des Marktes, in der Slowakei sind es nur zwei Prozent.

Quelle: Budapester Zeitung – Online, 31. Mai 2002

Zehn Jahre Österreichischer Wirtschaftsclub

Am 5. Juni begeht der Österreichische Wirtschaftsclub mit einem Sommerfest sein zehnjähriges Jubiläum. Der von Anbeginn von der Geschäftsführerin des Versicherungsmaklers Vebema Kft., Adele Filip-Fürst, geleitete Klub versteht sich als Begegnungsplattform für in Ungarn tätige leitende österreichische Manager. Der Klub wurde 1992 mit dem Ziel gegründet, ein Podium für den Austausch von Informationen, aber nicht zuletzt auch für die Anbahnung und Pflege von Geschäftskontakten zu sein. Neben Frau Filip-Fürst gehören dem Vorstand seit mehreren Jahren Herbert Krizek (Vízép Kft.), Helmut Grafinger (HTA Kft.) und Eckhart Aschauer (Swietelsky Kft.) an. Seit vergangenen Jahr unterstützt auch der Geschäftsführer der Kavics-Beton Kft., Michael Silly, die Vorstandsarbeit.

Quelle: Budapester Zeitung – Online, Juni 2002, Weitere Informationen: ÖWK-Sekretariat, 1133 Budapest, Kárpát u. 2, Tel.: 320-3413

Flextronics entlässt mehr als 1000 Mitarbeiter - X-Box geht nach China

Der Wunderkasten aus dem Hause Microsoft sollte dem Flextronics-Werk in Sárvár auf Jahre hinaus Beschäftigung garantieren. Doch nur wenige Monate nach Anlauf der Produktion der Spielekonsole in der ungarischen Kleinstadt hat der Flextronics-Mutterkonzern beschlossen, die Produktion nach China zu verlagern. Mehr als 1000 Mitarbeiter werden in Ungarn ihren Job verlieren. Im Juni soll die letzte X-Box in der wohlgehüteten Produktionshalle in Sárvár vom Band rollen. Der Grund für die Entscheidung: Die Herstellung ist in Asien billiger, obwohl dort ebenfalls erst ein komplettes Werk umgerüstet werden muss und die für den europäischen Markt produzierten Spielekonsolen sechs Wochen per Schiff unterwegs sein werden. Sárvár ist der einzige europäische Herstellungsort der Konkurrenz für Sonys Playstation und Nintendos GameCube. Daneben gibt es noch ein Werk im mexikanischen Guadalajara, das den amerikanischen Markt versorgt.

Die Entscheidung über den Produktionsstopp betrifft mehr als 1000 der knapp 8000 Mitarbeiter, vor allem im Werk in Sárvár, zum kleinen Teil auch in der Anlage in Zalaegerszeg. Probleme mit dem Betriebsrat gebe es aber wegen der anstehenden Entlassungen nicht. "Der Betriebsrat hat sich sehr vernünftig gezeigt und versteht unsere Lage", so Hochmüller. Man stehe in enger Verbindung mit dem Arbeitsamt und suche nach Lösungen für die Arbeiter. "Ein Teil wird zum Beispiel bei Philips unterkommen. Etwa 700 bis 800 Mitarbeiter werden eine neue Stelle in den Komitaten Vas und Veszprém finden", glaubt der Manager. Flextronics biete zudem Transfers zu den Werken in Nyíregyháza und Tab an. "Das ist aber nur für einige Spezialisten interessant. Die meisten Angestellten stammen aus dieser Gegend und wollen nicht nach Ostungarn."

Der Flextronics-Chef in Sárvár hat Verständnis für die Entscheidung der Konzernleitung. "Wir sind ein global denkendes Unternehmen, für uns stehen die Vorteile für das Gesamt-Unternehmen im Vordergrund", betont er. Er ist sich sicher, den Produktionsausfall mit anderen Geräten kompensieren zu können. Dabei gehe der Trend in Richtung hochwertigere Produkte und anspruchsvollere Technologien. "Wir sind auf einem guten Weg. Unsere Zukunft liegt sicher auch im Bereich Digital Imaging, also großformatige Drucker. Und auch Kopierer", erklärt der Manager.

Quelle: Budapester Zeitung – Online, Juni 2002

M -Tech AG expandiert nach Ungarn

Die M-Tech AG (Denkendorf/Stuttgart), einer der führenden Hersteller und Dienstleister von Verkehrsmanagement-Systemen expandiert mit dem Kauf der ungarischen Signalkomplex nach Osteuropa. Das ungarische Unternehmen beschäftigt derzeit 25 Mitarbeiter und erwirtschaftete 2001 einen Umsatz von ca. 1 Mio. EUR. Im Bereich Signalanlagentechnik behauptet Signalkomplex in Ungarn eine sehr gute Marktposition. Signalkomplex ergänzt sich in idealer Weise mit der bereits bestehenden ungarischen M-Tech-Tochter Vilati-Signalbau Huber. Gemeinsam sind die beiden eindeutiger Marktführer in Ungarn im Bereich innerörtlicher Verkehrstechnik. Eine Fusion der beiden Gesellschaften zur Signalbau Huber Hungary steht in Kürze an.

Quelle: Budapester Zeitung – Online, 06. Juni 2002

IWF fordert von Ungarn feste Finanzpolitik

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat Ungarn dringend geraten, eine feste Geldpolitik beizubehalten, um die Aufnahmekriterien für den Beitritt zur EU zu erfüllen. Am Mittwoch publizierte der IWF seinen Jahresbericht, indem Ungarn als eines der fortgeschrittensten Beitrittskandidaten genannt wird. Die Hauptziele eines frühen EU-Beitritts sowie der Einführung der europäischen Währung erforderten bedeutende Veränderungen im politischen Umfeld des Landes. Der IWF warnt in dem Bericht vor einer festzustellenden Finanzausweitung in Ungarn, noch nicht gesichert sei das Disinflationziel. Das Haushaltsdefizit betrug 2001 4,9 Prozent des BIP. Für 2002 geht der IWF von einer weiteren Verstärkung dieser Entwicklung aus und prognostiziert das Haushaltsdefizit mit 5,7 Prozent.

Quelle: Budapester Zeitung – Online, 06. Juni 2002

Ost-West-Expo eröffnet in Nyiregyháza

Die 12. Ost-West-Expo eröffnete am Mittwoch in Nyiregyháza, einer Ortschaft ca. 210 km östlich von Budapest. Über 200 einheimische und ausländischen Unternehmen sind auf der Expo vertreten. Im Blickpunkt steht in diesem Jahr der Beitritt des Landes zur EU.

Quelle: Budapester Zeitung – Online, 07. Juni 2002

Bruttoinlandsprodukt steigt um 2,9 Prozent

Das ungarische Bruttoinlandsprodukt ist im ersten Quartal 2002 nur um 2,9 Prozent angestiegen und damit weit unter den Erwartungen der Analysten geblieben. Die Quartalsdynamik war zuletzt 1997 unter drei Prozent geblieben. Das Volumen der Investitionen hat sich jedoch überraschend gut gestaltet und der Anstieg um 8,6 Prozent ist in erster Linie auf die staatlichen Bauaufträge zurückzuführen.

Quelle: Budapester Zeitung – Online, 07. Juni 2002

Atomkraftwerk länger am Netz

Die ungarischen Elektrizitätswerke, Besitzer des Kraftwerks Paks, erwarten im Herbst den Abschluss ihrer Pläne, die Betriebszeit der Anlage um 25 Jahre auszudehnen. Die ursprüngliche Laufzeit der aus fünf Blöcken bestehenden Anlage ist in zehn Jahren zu Ende. Doch laut Aussagen der Kraftwerksbetreiber gibt es weder ökonomische, technische, oder Sicherheitshindernisse, die gegen die Ausweitung der Laufzeit sprechen.

Quelle: Budapester Zeitung – Online, 07. Juni 2002

REGIONALENTWICKLUNG

Österreich

Aufbau und Betrieb des GIZ Gmünd - Ceské Velenice

Im Zuge ihrer letzten Sitzung hat die NÖ Landesregierung u.a. auch beschlossen, den Aufbau und Betrieb eines Grenzüberschreitenden Impulsentrums (GIZ) Gmünd - Ceské Velenice in Gmünd mit 40.878 Euro Zuschuss aus Regionalförderungsmitteln zu unterstützen. Insgesamt sieht der Finanzierungsplan des im Rahmen von INTERREG IIIA/Österreich - Tschechien angesiedelten EURO FIT-Projekts Kosten von 269.973 Euro vor, der Projektbeginn ist mit 1. Mai 2002 festgesetzt. Das GIZ Gmünd - Ceské Velenice verfolgt einen integrativen Ansatz zum Zusammenwachsen der Region zu beiden Seiten der Grenze. Durch Impulsgebung und Unterstützungsleistungen soll das GIZ der Bevölkerung, verschiedenen Institutionen und der Wirtschaft vor Ort praktische Dienste bieten, um Einzelprojekte zu unterstützen, Barrieren für grenzüberschreitende Aktivitäten abzubauen bzw. grenzüberschreitende Kreisläufe anzukurbeln und ein positives Klima zur EU-Erweiterung zu erreichen.

Als Projektträger fungiert der Verein Grenzüberschreitende Impulsregion Gmünd - Schrems, Mitglieder dieses Vereins sind auf niederösterreichischer Seite die Gemeinden Amaliendorf-Aalfang, Brand-Nagelberg, Gmünd, Großdietmanns, Hirschbach, Hoheneich, Kirchberg am Walde, Schrems und Waldenstein. In Tschechien sind es die Gemeinden Ceské Velenice, Dvory nad Luznici/Beinhöfen, Halámky/Witschko-berg, Hranice, Nová Ves/Erdweis, Rapsach/Rottenschachen und Suchdol nad Luznici/Suchenthal mit Klikov und Frantiskov.

Quelle: Niederösterreichische Landeskorrespondenz, 15. April 2002

Kulturraum Raab-Ödenburg-Ebenfurth soll wiederbelebt werden

Seit mehr als 1000 Jahren bildet die Grenzregion zwischen Ungarn und dem heutigen Niederösterreich eine kulturelle und wirtschaftliche Einheit, die allerdings durch die Folgen des Zweiten Weltkrieges gestört wurde. Nach dem Fall des Eisernen Vorhanges 1988 wird nunmehr daran gegangen, die historische und kulturelle Identität der Region wieder herzustellen. Die Stadtgemeinde Ebenfurth beteiligt sich an dem Kultur- und Bildungsprojekt "Grenz-Züge" entlang der Raab-Sopron-Ebenfurth Bahnstrecke und wird von der EU mit einem Betrag von 58.000 Euro aus EFRE-Mitteln gefördert. Die NÖ Landesregierung fasste kürzlich den Förderungsbeschluss. Die Bahnlinie wird als einziges verbindendes Element, das die kommunistische Ära schadlos überdauerte, symbolisch genutzt. Das Projekt zielt darauf ab, ein Kultur- und Bildungsnetzwerk zwischen den Projektpartnern aufzubauen. Dabei sollen Kulturinitiativen vernetzt werden, die Zeitgeschichte wird aufgearbeitet und die Identität der Bevölkerung zum Kulturraum wird gestärkt. Damit verbunden sind Impulse auf sozialer, wirtschaftlicher und touristischer Ebene.

Zunächst ist geplant, eine Wanderausstellung, die von österreichischen und ungarischen Historikern erarbeitet wird, auf die Reise zu schicken. Eine gemeinsame Internet-Plattform dient ähnlichen Zielen. Ein neues Buch soll die gemeinsame Geschichte der Region darstellen, und in den Musikschulen wird es Impulsveranstaltungen geben. Dazu kommen Workshops, Symposien und ein Lehrer- und Schüleraustausch. Der Aufbau läuft und soll bis Dezember 2004 abgeschlossen sein.

Quelle: Niederösterreichische Landeskorrespondenz, 16. April 2002

"Waldviertel-Management" sorgt seit 20 Jahren für Impulse

Um für zusätzliche Impulse in der Region zu sorgen, wurde vor 20 Jahren das "Waldviertel-Management" aus der Taufe gehoben. Dieses Jubiläum stand gestern Abend am Edelfhof bei Zwettl im Mittelpunkt eines Festaktes, bei dem man nicht nur die vergangenen 20 Jahren Revue passieren ließ, sondern sich auch mit der Zukunft dieser Region beschäftigte. So ist Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll davon überzeugt, dass auch die Grenzregion mittel- und langfristig von der EU-Erweiterung profitieren wird. Dazu brauche es jedoch Menschen mit Optimismus und Weitblick, die nicht nur auf den "Geldsegen von Außen warten", sondern anpacken und die in der Region vorhandenen Ressourcen nutzen. Das "Waldviertel-Management" rund um die Leitfigur Adi Kastner, den Pröll als einen Mann mit Charisma und als einen großen Gewinn für die Region und das Land Niederösterreich bezeichnete, habe dies in den 20 Jahren bereits eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Pröll: "Die Menschen waren und sind das Rückgrat und das ‚Kraftwerk‘ dieser Region, und nur wer an diese Region glaubt, kann auch überzeugt daran arbeiten." Außerdem könne man die Geografie nicht verschieben, vielmehr müsse man die Probleme analysieren und die Menschen mobilisieren, sich den ständig neuen Herausforderungen zu stellen. Dazu seien ihm die heutigen Sorgen, Ängste und

Befürchtungen 100 Mal lieber als die Probleme, die es zur Zeit des "Eisernen Vorhanges" gab. Für den heute 63-jährigen Kastner, der u.a. 20 Jahre Direktor der Fachschule Edelfhof war und seit 1982 Landesbeauftragter des Waldviertels ist, ist der weitere Auf- und Ausbau von Netzwerken der Schlüssel für die positive Entwicklung der Region. Die Ressourcen in den Bereichen Umwelt, Recycling, Bioenergie, Erneuerbarer Energie oder Telematik und Dorf- und Stadterneuerung seien vorhanden, sie müssten jedoch noch stärker koordiniert, gebündelt und vernetzt werden, so Kastner. "Das Ziel ist eine Ökoregion Waldviertel." Um mehr Betriebe in die Region zu bringen, brauche es jedoch noch mehr Impulszentren und eine stärkere Koordination der regionalen Entwicklungsagentur. Außerdem müsse das Bildungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungsangebot erweitert werden. Sorgen bereitet ihm vor allem die nach wie vor hohe Abwanderung der Jugend aus den Grenzregionen. Das 1982 als "Ein-Mann-Unternehmen" gestartete "Waldviertel-Management" hat sich in den 20 Jahren seines Bestehens zu einem rund "160-Mann-Team" entwickelt. Vom "Aktivzentrum" Edelfhof ausgehend wurden viele Initiativen wie bäuerlicher Gästetourismus, Entwicklung von Sonderkulturen und Tierhaltungsalternativen, Bioenergie, Kompostierung, Waldpflege, Telehäuser und anderes mehr entwickelt. Dazu wurden durch die Vernetzung von Landwirtschaft, Gewerbe und Tourismus zahlreiche Synergien geschaffen. So werden beispielsweise durch die Einführung und Entwicklung von Waldlandaktivitäten im Bereich Sonderkulturen heute mehr als 1.000 Bauern betreut. Zudem wurden durch 7 Gästeringe rund 1.000 Gästebetten geschaffen und 7 lokale Kabelnetzbetreiber zusammengefasst, dazu werden die Haushalte nahezu flächendeckend mit Informationen über das Internet versorgt und die Bauern bei der Aufbereitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte unterstützt. Weiters gibt es heute im Waldviertel viele touristische Angebote und Einrichtungen wie ein umfangreiches Radwegenetz, das Dungal-Zentrum in Gars oder das Moorbad Harbach sowie Schüleraustauschprojekte und zahlreiche Partnerschaften, Kontakte und Kooperationen, die bis Südkorea reichen. Knapp 1.000 Projekte wurden im Waldviertel seit der Schaffung des "Waldviertel-Management" umgesetzt, viele davon im Rahmen von EU-Programmen. Die Gesamtinvestitionen belaufen sich auf nahezu 420 Millionen Euro.

Quelle: Niederösterreichische Landeskörrespondenz, 18. April 2002

Regionalentwicklungsstrategie für Wien-Bratislava-Győr

Wien, Bratislava und Győr sollen eine gemeinsame Regionalentwicklungsstrategie erarbeiten. Schwerpunkte sollen Standortpolitik, Wirtschaftsentwicklung, Verkehrssystem, Bildung und Forschung, Natur und Umwelt sowie Tourismus sein. Die EU fördert das Projekt "JORDES+" (Joint Regional Development Strategy) im Rahmen von INTERREG IIIA aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) mit 109.000 Euro für den slowakischen Teil. Für den ungarischen Anteil des Projektes steuert die EU knapp 73.000 Euro bei. Zuerst soll die Ausgangssituation erfasst und bewertet, danach eine Leitidee entwickelt werden. In der Region Wien-Bratislava-Győr leben rund vier Millionen Menschen. Der bevorstehende Beitritt der Slowakei und Ungarns zur EU, die globalisierte Wirtschaft und die neuen Technologien machen eine stärkere Zusammenarbeit sinnvoll. Ziel ist es, das Gebiet zu einer Wachstumsregion auszubauen. "JORDES+" soll Basis für politische Entscheidungen sein.

Die Gesamtkosten des Projektes im Programm Österreich-Slowakei belaufen sich auf knapp 513.000 Euro. Davon übernehmen die Länder Wien, Niederösterreich und Burgenland rund 256.000 Euro. Der Anteil von Wien und Niederösterreich liegt je bei 42,5 Prozent, das Burgenland trägt 15 Prozent der Kosten bei. Auch aus ihren EFRE-Töpfen steuern die Länder ihren Anteil bei.

Die Kosten für das Programm Österreich-Ungarn machen rund 342.000 Euro aus. Niederösterreich, Wien und das Burgenland steuern insgesamt fast 171.000 Euro bei, wobei der Anteil von Wien und Niederösterreich wieder bei je 42,5 Prozent liegt. Das Burgenland übernimmt 15 Prozent. Aus den EFRE-Mitteln der Länder werden ebenfalls insgesamt fast 172.000 Euro beigetragen.

Quelle: Niederösterreichische Landeskörrespondenz, 26. April 2002

Vermarktungsoffensive für die Region March-Thaya-Auen

Der Regionalverband March-Thaya-Auen hat sich zur Aufgabe gemacht, in der Region eine Freizeitwirtschaft mit dem Schwerpunkt grenzüberschreitender Tourismusangebote in den Bereichen Natur und Kultur einzuführen und zu fördern. In diesem Zusammenhang hat die NÖ Landesregierung zuletzt für Qualitätssicherung, Angebotsaufbereitung und Vermarktungsoffensive der Region March-Thaya-Auen 71.255 Euro EFRE-Mittel im Rahmen des Programms INTERREG IIIA Österreich - Slowakei genehmigt. Bei Gesamtkosten des Vorhabens von 142.511 Euro sollen bis September 2003 auf österreichischer und slowakischer Seite die bestehenden touristischen Angebote erfasst, abgestimmt und unter Einbindung in ein landesweites Tourismuskonzept weiterentwickelt werden. Zudem werden Qualitätsstandards und Richtlinien für die Gründung einer gastronomischen Arbeitsgruppe mit regionstypischen Angeboten erarbeitet.

Bei der Entwicklung und Aufbereitung vermarktbarer Angebotsmodule denkt man vor allem an die Konzeption und Ausarbeitung von Standards für Natur- und Kulturführungen, grenzüberschreitende Ein- und Mehrtages-Tourismuspakete sowie die Einbindung von grenzüberschreitenden Veranstaltungen, Museumsprogrammen, Naturlehrpfaden, Themenwanderwegen und Radwegen in Zusammenarbeit mit dem Radmanagement Weinviertel. Die Projektpartner des Regionalverbandes kommen aus Bratislava: das Ökozentrum Daphne - Institut der angewandten Ökologie, der Regionalverband Zahorie und das Euregio-Service-Center.

Quelle: Niederösterreichische Landeskörrespondenz, 29. April 2002

Spatenstich für Nationalparkzentrum in Hardegg

"Fast auf den Tag genau vor zwei Jahren wurde hier der Nationalpark Thayatal eröffnet", sagte heute Vormittag Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll bei der Spatenstichfeier für das neue Nationalparkzentrum in Hardegg. Der Bau des Nationalparkzentrums sei ein weiterer wichtiger symbolträchtiger Schritt. In der Region am ehemaligen Eisernen Vorhang, gehe nun eine Aufwärtsentwicklung vorstatten, von der man sich vor 15 bis 20 Jahren noch nicht einmal zu träumen gewagt hätte. Er werte diesen Spatenstich als einen wichtigen Schritt in eine neue Richtung mit neuen Impulsen. Dieses Vorhaben sei ein wichtiges Projekt im Rahmen des Fitness-Programms der NÖ Landesregierung. Zum zweiten sei die EU-Erweiterung die Grundlage für diesen Spatenstich. Ohne die europäische Erweiterung gebe es mit Sicherheit diesen Nationalpark nicht in der Form, bekräftigte Pröll.

Das Nationalparkzentrum wird eine Nutzfläche von rund 1.050 Quadratmetern umfassen, 210 Quadratmeter werden für Ausstellungen genutzt. Zudem wird auch ein Veranstaltungsraum mit rund 170 Quadratmetern errichtet, weiters Büros für acht Mitarbeiter, ein Shop und einen Gastrobereich und Nebenräume. Im Außenbereich wird eine Erlebnislandschaft gestaltet. Das Nationalparkzentrum kostet rund 3,2 Millionen Euro, davon entfallen auf das Gebäude 2,8 Millionen Euro. Die Finanzierung erfolgt aus EU-Mitteln in der Höhe von 1,4 Millionen Euro, aus der Regionalförderung des Landes kommen 700.000 Euro. Weiters wird ein Bundeszuschuss von 360.000 Euro gewährt, die Eigenmittel machen 440.000 Euro aus, dazu kommt noch eine Gemeindeförderung für die Erschließung in der Höhe von 300.000 Euro. Nach Fertigstellung werden insgesamt drei bis vier Vollarbeitsplätze und weitere vier bis sechs Teilarbeitskräfte hier beschäftigt sein.

Quelle: Niederösterreichische Landeskörrespondenz, 22. Mai 2002

Informationen über grenzüberschreitende Aktivitäten

Niederösterreich, Tschechien, die Slowakei und Westungarn sind von der Erweiterung der Union besonders stark betroffen. Durch die Intensivierung von grenzüberschreitenden Kontakten und den Aufbau gemeinsamer Kooperationen sollen die Chancen, die sich daraus ergeben, offensiv genutzt werden. Das EUREGIO Forum unterstützt und fördert diese Zusammenarbeit durch die Bereitstellung von geeigneten Informationen, Kontakten und Hintergrundberichten.

Zu diesem Zweck hat bisher der von Mecca Environmental Consulting erstellte EUREGIO Forum Newsletter per e-mail-Aussendungen über grenzüberschreitende Aktivitäten informiert. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die Entwicklungen in den Grenzregionen gerichtet - die Bandbreite reichte von Politik über Landwirtschaft, Humanressourcen, EU-Förderprogramme, Verkehr, Umwelt, Wirtschaft und Regionalentwicklung bis zum Tourismus.

Statt der e-mail-Ausgaben ist nun auf der Homepage des EUREGIO Forums www.euregioforum.at eine Online-Datenbank www.euregioforum.at/nl_index.htm eingerichtet. Dort kann ein persönlicher Newsletter zusammengestellt und die aktuellen Infos sowohl nach Ländern als auch nach Sachbereichen sortiert werden. Der gesamte Newsletter kann auch heruntergeladen werden.

Quelle: Niederösterreichische Landeskörrespondenz, 23. Mai 2002, Rückfragehinweis: Regionaler Entwicklungsverband Industrieviertel, Dipl. Ing. Andreas Weiß, a.weiss@industrieviertel.at

Nationalpark Donau-Auen soll grenzenlos werden

In Zukunft wollen die Slowakei und Österreich den Nationalpark Donau-Auen gemeinsam touristisch erschließen. Das gaben Vertreter von 17 Organisationen aus beiden Ländern in Hainburg bekannt. Zu ihnen zählen auf slowakischer Seite das Ökozentrum Daphne, einzelne Grenzgemeinden, die slowakische Weinstraße sowie das Bildhauersymposium Theben (Devin).

"Die österreichischen Besucher des Nationalparks sollen auch die Au-Landschaft in der Slowakei kennen lernen - und natürlich umgekehrt", so die Vorstellungen von Carl Manzano, Direktor des Nationalparks Donau-Auen.

"Das heutige Zusammentreffen ist viel mehr als nur eine Absichtserklärung. Seit etwa einem Jahr besteht bereits ein Arbeitskreis", zeigt sich der Nationalparkdirektor zuversichtlich. Allerdings bestünden nach wie vor Informationsdefizite auf beiden Seiten. Ursprünglich war auch geplant, das Besucherzentrum des Nationalparks beim Wasserturm in Hainburg zum Ausgangspunkt von Touren

durch die Region zu machen. Doch der Bau wurde nach Protesten der Bevölkerung gestoppt. "Das Projekt liegt derzeit im Wachkoma", so Manzano, "Die Entscheidung liegt bei den Hainburgern." Im Moment liegt nach Angaben von Manzano eine Unterschriftenliste für eine zweite Volksbefragung auf. Die erste hatte im März stattgefunden und brachte einen Erfolg für die Gegner des vom Architekten-Duo Coop Himmelb(l)au entworfenen gläsernen Zubaus. Allerdings beteiligten sich damals nur rund 36 Prozent der Stimmberechtigten. Viele der Befürworter des Besucherzentrums waren nicht zur Urne gepilgert, weil bereits eine Baugenehmigung vorlag.

"Das ist eben eine perverse Situation in Niederösterreich, dass trotz rechtlich gültiger Bescheide dennoch Volksbefragungen durchgeführt werden können", ist Manzano enttäuscht. "Um den Wasserturm hat sich ja bis dahin kein Mensch geschert. Erst als dort zu bauen begonnen wurde, hat sich plötzlich Widerstand gereg."

Der Nationalparkdirektor will auf jeden Fall so lange zuwarten, bis eine Mehrheit der Hainburger für das Projekt ist. Die Entscheidung sollte laut Manzano aber "so rasch wie möglich" fallen, "sonst gehen die EU-Fördermittel verloren".

13. Juni 2002

Tschechien

Zur Verbindung der Menschen kennt die Pferdebahn keine Grenzen

Dass die Zusammenarbeit der tschechischen und österreichischen Verbänden nicht nachlässt, beweist das Freitagstreffen des österreichischen Bundeskanzlers Wolfgang Schüssel mit den ehemaligen Besitzern der Pferdebahnstation in Holkov Václava und Karel Beneš. Das von dem lokalen österreichischen Verein der Pferdebahn organisierte Treffen fand in Kerschbaum statt. Die österreichischen Kollegen stellten die Tschechen als Partner bei der Wiederherstellung der Stationen damaliger Pferdebahn vor, später der Eisenbahn auf der Strecke Budweis-Linz vor. „Dies ist die richtige und sinnvolle grenzüberschreitende Zusammenarbeit,“ sagte der Kanzler.

Quelle: Českobudějovické listy, 15. April 2002

Slowakei

Ungarn

"Anziehungskraft ist ungebrochen"

Győr ist die ungarische Regionalstadt mit der größten Attraktivität für ausländische Investoren. Der Zustrom an Auslandskapital, der 1993 im wesentlichen mit dem Engagement von Audi begann, ist seitdem ungebrochen. BZ-Chefredakteur Jan Mainka unterhielt sich mit Imre Eredics, dem stellvertretenden Bürgermeister der Stadt, über die Gegenwart und Zukunft des Standorts Győr. Wie attraktiv ist der Standort Győr heutzutage?

Die Anziehungskraft, die Győr auf ausländische Investoren ausübt, ist ungebrochen. Nach wie vor lassen sich bei uns immer neue Investoren nieder und schon länger ansässige Firmen reinvestieren einen Teil ihres Gewinns erneut bei uns. Das hat dazu geführt, dass Facharbeiter inzwischen nicht mehr so einfach zu bekommen sind wie noch in den 90er Jahren. Für Großinvestoren in der Dimension von Audi oder Philips, die auf einen Schlag einige tausend Arbeitskräfte benötigen, ist eine Ansiedlung in Győr daher nicht mehr so ratsam. Kleinere Firmen mit dem Bedarf an einigen hundert Arbeitskräften brauchen sich jedoch keine Sorgen zu machen. Durch die Fluktuation bei Győrer Firmen und Berufseinsteiger ist das Angebot ausreichend groß.

Wie sieht Ihre Ansiedlungspolitik aus?

Auf diesem Gebiet hat sich bei uns ein strategischer Richtungswechsel vollzogen. Wegen der Arbeitskräftesituation versuchen wir jetzt vor allem kleine und mittelständische Investoren für ein Engagement in Győr zu interessieren. Das halten wir auch deshalb für wichtig, weil wir uns nicht in die Abhängigkeit einiger weniger Großinvestoren begeben wollen. Als Beispiel für eine zu starke Abhängigkeit von einem Unternehmen sei auf unsere Partnerstadt Sindelfingen verwiesen.

Mit welchen Angeboten locken Sie Investoren nach Győr?

Neben den generellen Standortvorteilen unserer Stadt, wie eine gute Verkehrsanbindung und eine über ein Jahrhundert zurückreichende Industriekultur, bieten wir Investoren, die sich im bestehenden und oder im geplanten Industriepark im Stadtteil Ménfőcsanak niederlassen wollen, eine Befreiung von der Gewerbesteuer für zwei Jahre. Die Größe der Unternehmen und die Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze spielen dabei keine Rolle.

Wie sieht es mit den ausländischen Unternehmen aus, die Ihre Kommune schon vor Jahren von den lokalen Steuern befreit hat?

Unternehmen, bei denen die gewährte Zeitspanne der Steuerbefreiung abläuft, werden wir keine Befreiung mehr gewähren. Die sehr gute Lage auf dem Arbeitsmarkt zwingt uns nicht mehr zu solchen Zugeständnissen. Im übrigen macht ein Verzicht auf diese Steuern für uns ökonomisch keinen Sinn mehr. Das war 1994 noch anders. Damals blieben 40 Prozent der Einkommensteuer bei den Kommunen. Unter solchen Umständen fiel uns der Verzicht auf die Gewerbesteuer leicht. Heute fließen nur noch fünf Prozent der Einkommensteuer in unsere Kassen, der Rest geht nach Budapest. Statt einige wenige Unternehmen langfristig von der Gewerbesteuer zu befreien, ist es jetzt unser erklärtes Ziel, diese Steuer für alle Győrer Unternehmen in gleichem Maße zu senken. Bis zum kommenden Jahr wollen wir die Gewerbesteuer für alle von gegenwärtig zwei auf 1,3 Prozent reduzieren.

Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit Budapest?

Leider nicht mehr so gut. Auf der einen Seite werden uns immer mehr Aufgaben aufgebürdet, auf der anderen Seite schrumpft unser finanzieller Spielraum. Großprojekte sind ohne die Unterstützung durch den Staat kaum noch vorstellbar. Dazu kommt, dass wir in den letzten vier Jahren bei der Vergabe staatlicher Zuschüsse kein besonderes Glück gehabt haben. Vielleicht, weil wir einen sozialistischen Bürgermeister haben. Das einzige Sonderprojekt, das neben EU-Mitteln aus dem Staatshaushalt unterstützt wird, ist der Ausbau eines Klärwerks. Von den Gesamtkosten in Höhe von 14,5 Mio. Euro zahlt Brüssel die Hälfte und der Staat 40 Prozent. Die restlichen 10 Prozent trägt unsere Kommune. Noch in diesem Jahr soll mit dem Bau begonnen werden.

Welche weiteren Infrastrukturinvestitionen stehen an?

Um die enorme Verkehrsbelastung zu lindern, planen wir den Bau von mindestens einer Autobrücke. Die Finanzierung ist allerdings noch offen. Bei einem Kostenaufwand von etwa sechs Milliarden Forint pro Brücke sind wir unbedingt auf eine Unterstützung durch den Staat angewiesen. Geplant ist weiterhin ein Parkhaus in der Jókai utca. Besonders für Geschäftsleute interessant dürfte der Ausbau des Regionalflughafens in Pér bei Győr sein. Die Gesamtkosten werden sich auf etwa vier Millionen Euro belaufen. 55 Prozent davon werden von der EU gestellt. Der Rest wird von den Kommunen sowie interessierten Unternehmen aufgebracht. Baubeginn ist dieses Jahr, bereits 2003 sollen hier erste Chartermaschinen landen.

Wie sieht es in Győr in puncto Tourismus aus?

Mit Blick auf unsere vier Flüsse und ein reiches Thermalwasservorkommen spielt der Wassertourismus bei uns eine große Rolle. Durch zusätzliche Investitionen wollen wir dessen wirtschaftliches Gewicht für unsere Stadt weiter vergrößern. Unter anderem planen wir einen kompletten Umbau unseres schon recht bejahrten Thermalbads. An seiner Stelle wird ein modernes Thermal- und Erlebnisbad entstehen. Der Grundstein wird in diesem Sommer gelegt. Wir wollen aber auch in unsere natürliche Gewässerlandschaft investieren. Durch die Errichtung von Stauanlagen wollen wir den starken Schwankungen entgegenwirken, denen unsere Flüsse unterworfen sind. Auf diese Weise sollen die Flüsse noch besser für den Wassersport genutzt werden können. Wegen der enormen Kosten existieren die Pläne nur auf dem Reißbrett.

Seit kurzem hat Győr auch eine eigene Universität.

Die Umwidmung unserer Technischen Hochschule in eine Universität war für uns nicht nur eine Prestigefrage. Für eine Universität können wir auf eine stärkere Unterstützung durch den Staat hoffen. Das ist wichtig, da große Investitionen anstehen. Die Gebäudeinfrastruktur soll modernisiert und das Niveau der Ausbildung weiter verbessert werden. Die Entwicklungen sind notwendig, um die Nachfrage der großen ansässigen Firmen nach gutausgebildeten Mitarbeitern langfristig sicherstellen zu können.

Quelle: Budapest Zeitung – Online, 13. Mai 2002

TOURISMUS

Österreich

Einzigartige Barockjuwelen im Marchfeld werden zu neuem Leben erweckt

Die Schlösser Schlosshof und Niederweiden, die einst im Besitz von Prinz Eugen von Savoyen und Kaiserin Maria Theresia standen, "werden aus ihrem Dornröschenschlaf wachgeküsst", freut sich Wirtschafts- und Arbeitsminister Dr. Martin Bartenstein, der gemeinsam mit Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll, Direktor Dr. Helmut Pechlaner, Direktor Dr. Wolfgang Kippes, Präsident Dr. Werner Fasslabend und Staatssekretärin Marès Rossmann bei der heutigen Pressekonferenz in Schlosshof ein umfassendes Revitalisierungskonzept vorstellte.

Der Bund und das Land Niederösterreich unterstützen dieses Projekt, wobei die baulichen Startinvestitionen und die Abgangsdeckungen von rund 26 Millionen Euro auf Basis von genehmigten Investitions- und Finanzplänen seitens des Bundes bedeckt werden. Das Land Niederösterreich unterstützt dieses Projekt mit 4,5 Millionen Euro, wobei der Schwerpunkt der Investitionen in der Regionalentwicklung liegt.

Bartenstein betonte, dass die Revitalisierung dieser beiden Schlösser erst der erste Schritt sei. Weitere werden folgen, indem die Schlösser in Südmähren und Ungarn eingebunden werden. Die touristische Erschließung der Schlösser Schlosshof und Niederweiden bedeutet eine enorme wirtschaftliche, touristische und kulturelle Initialzündung für die Region Marchfeld und Donauauen. Pechlaner und Kippes konnten als Eltern für dieses Projekt gewonnen werden, was die beste Voraussetzung für einen prachtvollen Nachwuchs darstellt - wenn dieses Projekt eine Chance hat, dann nur durch die Nutzung des "know how", der Synergien und gemeinsamen Vermarktungsmöglichkeiten, sowie der Ressourcen der erfolgreichen Ausgliederungen, nämlich "Schönbrunner Tiergarten" und "Schloss Schönbrunn" ist Bartenstein überzeugt.

Das Gesetz zur Bildung der Marchfeldschlösser Revitalisierungs- und Betriebsgesellschaft m.b.H. als Tochtergesellschaft der Schloss Schönbrunn Kultur- und Betriebsgesellschaft m.b.H. und der Schönbrunner Tiergarten-Gesellschaft m.b.H. wird heute im Parlament auf Basis einer Vier-Parteien-Einigung beschlossen.

Quelle: BMWA/OTS, 17. April 2002, Rückfragehinweis: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
Ministerbüro: Dr. Ingrid Nemeč, Tel: (+43-1) 71100-5108, presseabteilung@bmwa.gv.at

ERFE-Mittel für das Projekt "Auland - Entwicklung Grenzregion"

Im Auland, der Region rund um den Nationalpark Donau-Auen vor den Toren Wiens und Bratislavas, haben sich sechs touristische Anbieter zu einer Vermarktungsgesellschaft zusammengeschlossen, um in der Region für neue touristische Impulse zu sorgen. Zielgruppenspezifische Angebote rund um die Themen Radfahren, Wandern, Wein etc. für den Individualgast sowie für Kindergärten, Schulen, Gruppen und Incentives sind bereits fixer Bestandteil der "Auland-Touristik", zu der heute auch Leistungsträger wie das Haydn-Geburtshaus, das Schloss Eckartsau, die Weinbauregion Carnuntum, die Sommerakademie, das Musicalfestival Bruck und das Eisenbahnmuseum Strasshof gehören. Nun wird die Auland-Touristik auch grenzüberschreitend aktiv. So soll im österreichisch-slowakischen Grenzgebiet durch zeitgemäße und zielgruppenorientierte Angebotsaufbereitung die Bekanntheit der Tourismusregion zwischen Wien und Bratislava erhöht, das Angebot in qualitativer Hinsicht deutlich gesteigert und der Besucherstrom in ökologisch sensiblen Bereichen durch gegenseitig abgestimmte Maßnahmen gezielt gelenkt werden. Die NÖ Landesregierung hat in ihrer Sitzung für dieses Projekt kürzlich EFRE-Mittel in der Höhe von 147.521 Euro im Rahmen des Programms INTERREG IIIA Österreich - Slowakei genehmigt. Projektpartner der "Auland-Touristik" sind die Archäologische Park Carnuntum GesmbH, die Nationalpark Donau-Auen GmbH, die Safari- und Abenteuerpark Gänserndorf GesmbH, der Marchfelder Schlösserverein und die Zukunftsplattform Donau-Auenland sowie die Blue Danube Tours und die PTK ECHO GmbH in Bratislava.

Das Spektrum der Aktivitäten umfasst einen wechselseitigen Know-how- und Erfahrungsaustausch, Seminare, gemeinsame Bewerbung von Schwerpunkten, grenzüberschreitende Produktentwicklungen, gemeinsame Vermarktung von regionalen Produkten aus der Landwirtschaft, Praktikantenaustausch und vieles andere mehr. Auch gemeinsame Ausstellungen, die Nutzung der touristischen Möglichkeiten im Bereich Binnenschifffahrt, die stärkere Positionierung der Region Wien - Bratislava als Freizeit- und Ausflugsland sowie im Bereich Wirtschaftstourismus (Incentive- und Schulangebote) sind geplant. Die Gesamtkosten für das Projekt "Auland - Entwicklung Grenzregion", das im September 2003 endet, belaufen sich auf über 295.000 Euro.

Quelle: Niederösterreichische Landeskorrespondenz, 24. April 2002

Tschechien

(Gemeinsam) den Moldauer Schatz zu bewahren

Seit 2001 betreibt Lukas Dorn–Fussenegger, der Sohn der bekannten oberösterreichischen Schriftstellerin aus Linz-Lending Gertrude Fussenegger, in der südböhmischen Gemeinde Lipno den Personalschiffverkehr am Moldaustausee.

Die verschwiegenen Wälder des Böhmerwaldes, der Raum und die weite Ferne haben ihn auf die Idee gebracht, dass sich eine bestimmte Klientel von diesem Gebiet angezogen fühlen könnte. Es ist möglich, stundenlang im Nationalpark Böhmerwald – in einem der größten Naturreservate nördlich der Alpen – Rad zu fahren, ohne jemanden zu treffen.

Zur Vermarktung dieses touristischen Schatzes sollte eine grenzüberschreitende Region gebildet werden. Mit diesem Ziel bemüht sich Dorn um eine enge Zusammenarbeit zwischen 13 Gemeinden des touristischen Mühlviertelgebiets Sterngastl und dem Verband von Gemeinden im Lipno-Gebiet. Diese Zusammenarbeit ist auch trotz der aktuellen Probleme möglich; das Klima ist oft besser als geschrieben wird.

Quelle: Českobudějovické listy, 08. April 2002

Dreiländereck setzt auf Wintersport

So lauten die Schlagzeilen im Tagesblatt PNP. Der Artikel berichtet über den Start „einer grenzüberschreitenden Marketingoffensive,“ mit der Deutschland, die Tschechische Republik und Österreich die Wintertouristen aus ganz Europa anlocken wollen. Nach dem Tagesblatt sollten die Besucher die Möglichkeit haben, für eine einzige Fahrkarte die Drahtseilbahnen, die Schwimmhallen und öffentliche Verkehrsmittel im Gebiet Böhmerwald, Bayerischer Wald und Mühlviertel auszunutzen. Während einer speziell ausgedachten Fahrt könnten die Touristen verschiedene Wintersportarten ausprobieren; für die jungen Leute könnte das Angebot durch Rockkonzerte ergänzt werden, es wird ein spezielles Programm für Senioren und Familien vorbereitet. Die Skigebiete am Hochficht, in Finsterau, Schöneben, Ulrichsberg usw. sollten auch eine gemeinsame Internetseite haben.

Quelle: Českobudějovické listy, 08. April 2002

Die Tschechen lassen immer mehr Geld in Österreich

Die wegen der Benesch-Dekrete und Temelin gespannten tschechisch-österreichischen Beziehungen haben einen bemerkenswerten Hintergrund. Manche Österreicher drohen, dass sie nach der Inbetriebnahme des AKWs aufhören, nach Tschechien zu fahren und ihr Geld hier auszugeben. Österreichische Geschäftsleute sind dagegen daran interessiert, dass sich die Streitigkeiten zwischen beiden Ländern nicht auf die Zahl der tschechischen Besucher auswirken. 12 Jahre nach der Wende werden die Tschechen in der Alpenrepublik zu gerngesehenen Kunden.

„Die Zahl der im vorigen Jahr nach Österreich reisenden tschechischen Touristen – im Vergleich zum Jahr 2000 – ist um 11% gestiegen. Was die gesamte Besucherzahl angeht, ist es den Tschechen gelungen, einen historischen Rekord zu erreichen,“ sagte Hana Pečová aus der Österreichischen Touristenzentrale in Prag.

Noch deutlicher, sei ihrer Meinung nach, das steigende Interesse am Winterskiurlaub in den österreichischen Alpen. „Die Zahl der tschechischen Touristen, die in einem der österreichischen Skizentren beherbergt war, ist zwischenjährlich um mehr als ein Drittel gestiegen,“ teilte Pečová mit. Zugleich hat sie behauptet, dass die Österreicher beginnen, die tschechischen Besucher wegen ihrem Beitrag zu den gesamten Einnahmen aus dem Fremdenverkehr zu achten. Nach der Meinung von Pečová hat sich die Zahl derjenigen Touristen, die am Morgen die Grenze mit eigenem Essen passieren und am Abend wieder zurückkommen, deutlich verringert.

„Die durchschnittliche Aufenthaltszeit der Tschechen in Österreich liegt bei 3,5 Tage. Insgesamt verbrachten die Tschechen im Vorjahr in österreichischen Beherbergungsbetrieben fast 700.000 Nächte,“ sagte Pečová. Die österreichischen Hoteliers nehmen die Wichtigkeit der tschechischen Kunden für die Zukunft zur Kenntnis.

„Obwohl die Tschechen, was die den Urlaub in Österreich verbringenden Ausländer angeht, erst am 10. Platz sind, wächst das Interesse am Besuch des Landes am schnellsten von allen Staaten,“ fügte Pečová hinzu.

Wie ist es nun möglich, dass die „armen Tschechen“ so viel Geld im „reichen“ Nachbarland ausgeben? Nicht nur die härtere Krone ist die Erklärung dafür, zu dieser Frage gibt es mehrere Antworten. Für die aus Südböhmen oder aus Südmähren kommenden Touristen ist es aus der finanziellen Sicht besser, in den nahen österreichischen Alpen Ski zu fahren als im weiter entfernten Riesengebirge.

„Wenn ich die Reisekosten in Betracht ziehe, sind die Kosten für den Aufenthalt im Riesengebirge gleich wie in den Alpen. Aber das Niveau der Dienstleistungen lässt sich überhaupt nicht vergleichen, man muss u. a. am Skilift nicht warten,“ gab einer der anspruchsvollen Budweiser Skifahrer Petr Novák an. Auch für einige Mittelschulen aus Budweis ist es heutzutage ganz normal, für ihre Studenten einen Skikurs in Österreich zu veranstalten.

Mit der Zahl der tschechischen Besucher sind auch die Veranstalter der Messe im niederösterreichischen Wels sehr zufrieden. Für die tschechischen Touristen interessieren sich auch die Betreiber von verschiedenen Attraktionen, wie z. B. der nicht weit vom Grenzübergang Nová Bystřice entfernte „Abenteurerpark“.

Auch die sog. Einkaufstouristik strömt nicht nur in die Richtung Österreich-Tschechien. Manche Einwohner kaufen z. B. einige Waren ausschließlich nur in Gmünd ein. „Die Preise sind vergleichbar und der Einkauf in Österreich ist angesichts der kleinen Entfernung günstiger als die Reise ins Binnenland,“ sagte für LN die Direktorin der südböhmischen Handelskammer und Landsmännin aus České Velenice Pavla Nováková.

Quelle: Lidové noviny, 16. April 2002

Slowakei

Ungarn

Amtshilfe für ungarische Beamten am Balaton

Urlaubspolizei aus Deutschland. Die Deutschen kommen wieder an den Balaton - und zwar nicht nur die Touristen, auch die Ordnungshüter. Im vergangenen Jahr halfen 16 deutsche Beamte den ungarischen Kollegen in offiziellem Auftrag dabei, die Ordnung am Plattensee aufrecht zu erhalten und Straftaten aufzuklären. Aufgrund der positiven Erfahrungen kommen von Anfang Juli bis Ende August auch in diesem Jahr wieder deutsche Amtshelfer in Grün. "Deutsche Urlauber haben einfach mehr Vertrauen in Polizisten aus der Heimat", beschreibt János Tóth, Chef der Polizeidirektion Somogy in Kaposvár, die Erfolgsformel. "Und auch die Deutschen, die hier auffällig werden, hören eher auf Ermahnungen, wenn sie von Landsleuten kommen."

Angefangen hatte die deutsch-ungarische Beamtenfreundschaft ganz informell. "Dank persönlicher Kontakte halfen deutsche Polizisten den hiesigen Kollegen. Die machten am Balaton Urlaub und arbeiteten nebenbei mit", erinnert sich Tóth. Die Zusammenarbeit lief glänzend und das Bewusstsein stieg, dass es für deutsche Polizisten in der ungarischen Tourismushochburg eine Menge zu tun gibt. Deshalb schlossen die Innenministerien beider Staaten ein Abkommen auf Regierungsebene, das die Kooperation genau regelte und im vergangenen Jahr erstmals umgesetzt wurde.

16 Beamte aus Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen wurden von ihren Vorgesetzten abkommandiert und der Polizei unterstellt, die am Plattensee und dem Velence-See während der Saison für Ordnung sorgt. Drei Komitate kooperieren hierbei, der Vorsitz rotiert. War im vergangenen Jahr das Komitat Somogy federführend, so unterstehen die Polizisten diesmal der Direktion in Veszprém. Bezahlt werden sie aus Deutschland, für Unterkunft und Verpflegung sorgen die ungarischen Kollegen. "Wir haben gute Kontakte, oft helfen die Kommunen oder Hotels; Essen gibt's in Restaurants", erklärt Tóth.

Die Planung für diesen Sommer ist noch nicht abgeschlossen. "Wir wissen noch nicht, wie viele deutsche Polizisten uns in diesem Jahr helfen werden. Einige kommen für einen Monat, andere für zwei. Es ist aber sicher, dass wir in diesem Jahr auch Kollegen der Wasserschutzpolizei vom Bodensee bekommen - auch das lief über persönliche Kontakte", so der Polizeidirektor.

In der Praxis setzen sich je ein ungarischer und deutscher Kollege gemeinsam ins Polizeiauto. Es sei nicht schwierig gewesen, geeignete ungarische Beamte zu finden, schließlich besteht das ungarische Kontingent an den beiden Badeseen aus 500 Ordnungshütern. "Die Kollegen, die in den letzten fünf Jahren die Polizeischule verlassen haben, hatten auch Deutsch als Unterrichtsfach", ergänzt Tóth. Das reicht zwar nicht immer für geschliffene Dialoge und den gepflegten Plausch, aber doch, um gemeinsam die Fachsprache zu lernen und zusammenzuarbeiten.

Es seien keine Probleme in der Zusammenarbeit festgestellt worden, das stellten auch die deutschen Beobachter fest, die die 16 Kollegen besuchten und befragten. "Viele Beamte wollen wiederkommen", weiß der Polizeidirektor. Ob sie die Erlaubnis bekommen, steht nicht fest. Die deutschen Reviere sind im Sommer aufgrund der Feriennlage nicht üppig besetzt - dies sei auch der Grund, warum 2001 lediglich 16 Beamte ihren Dienst am Balaton versehen durften.

Ein beliebter Einsatzort sind Einkaufszentren und Veranstaltungen. Außerdem überprüfen die Polizisten Luxuskarossen auf Diebstahl und patrouillieren am Strand. Meistens handelt es sich um Orte, an denen sich überdurchschnittlich viele deutsche Touristen aufhalten. Tóth: "Die deutschen

Polizisten können oft besser helfen, wenn ihre Landsleute bestohlen wurden. Nicht nur wegen der Sprache, sondern auch wegen versicherungstechnischer Abläufe".

Lehrreich ist die Amtshilfe für beide Seiten, die so die Rechtsvorschriften und Polizeimethoden der Partner kennen lernen. "Die deutschen Beamten haben berichtet, dass sie erstaunt sind, wie hart die Ungarn arbeiten müssen", erzählt Tóth. Während der Zwölf-Stunden-Schichten gibt es allerhand zu tun: Zwischen 6000 und 8000 Verbrechen wurden in den vergangenen Jahren zwischen Mai und September registriert, alleine in der Touristenhochburg Siófok sind es während der Hauptsaison 50 bis 60 Straftaten pro Tag, vom Autodiebstahl bis zum Einbruch.

Und die deutschen Beamten sind mittendrin: "Die haben Autodiebe geschnappt, wurden zu Wohnungseinbrüchen gerufen, haben Rauschgiftdealer gefasst und halfen mit, wenn es Probleme in den Discos gab." Gelegentlich werden die deutschen Polizisten dabei auch von Landsleuten beleidigt oder provoziert, die einen über den Durst getrunken haben. Die große Mehrheit der Urlauber aus dem Bundesgebiet verhalte sich zwar zivil, so die Polizei. Es gebe aber immer einige, die fern der geregelten Heimat über die Stränge schlagen. Dies sei besonders in Siófok und am Balaton-Südstrand der Fall.

Doch nicht nur zum Sonnen, Baden und Trinken kommen die Deutschen zum See, einige reisen bereits in krimineller Absicht an. "Die Mehrzahl der ausländischen Verbrecher sind zwar Rumänen, Ukrainer und Serben, aber es gibt auch welche aus dem deutschen Sprachraum darunter", bedauert Tóth. In den meisten Fällen wird noch in Ungarn ein Verfahren eingeleitet, das dann in Deutschland fortgesetzt wird. Der Kriminaldirektor: "Es kommt aber nur selten vor, dass wir die Verbrecher bis zur Grenze fahren und dann übergeben."

Trotz so mancher brenzlicher Situation - der Aufenthalt soll für die deutschen Kollegen aber nicht nur Arbeit bedeuten, sondern auch angenehm sein. Deswegen stellen die ungarischen Polizisten für die deutschen Kollegen auch ein Freizeitprogramm mit Ausflügen zusammen. "Außerdem haben im vergangenen Jahr unsere Kollegen am Hungaroring einige der deutschen Polizisten für zwei Tage angefordert, um das Formel-Eins-Rennen abzusichern."

Quelle: Budapester Zeitung – Online, Mai/Juni 2002

Sturmwarnungen für den Balaton im Internet

Die Sturmwarnungen am Balaton sind jetzt auch im Internet abrufbar, damit die Urlauber und Wassersportfans sich schon von zu Hause aus informieren können. Das erklärte jetzt der zuständige technische Leiter für das neue Service. Auf der Webseite www.balatoninform.hu müssen Interessenten auf den Link "Balatoni viharjelző rendszer" (Balaton-Sturmwarnungssystem) klicken – schon erscheinen Hinweise zu Sturmwarnungen und Windrichtungen.

Quelle: Budapester Zeitung – Online, 07. Juni 2002